

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 128 · 11. JAHRGANG · AUSGABE 9/2005 · VOM 9. SEPTEMBER 2005 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Wieviel sind die Stadtwerke wert?**

Anhand der Bilanzen nachgerechnet

7 | **Wenn viele gemeinsam träumen ...**

Ein Jahr Eberswalder Montagsdemos

12 | **Die »soziale Marktwirtschaft« erhalten**

AfA Barnim will soziale SPD erhalten

Kita-Handels GmbH Schulz & Co.?

»Wenn Ihnen Bildung zu teuer ist, versuchen Sie es doch mal mit Unbildung!« – diesen sarkastischen Rat eines nordamerikanischen Uni-Präsidenten beherzigt die Eberswalder Verwaltung schon seit Jahren. Auf der Suche nach Kulissen für den alljährlich fälligen Potjemkinschen Haushaltsentwurf ist dem Kämmerer nun der Verkauf der Kita »Sputnik«, einer Villa in der Herweghstraße, eingefallen. »Trifft man nur den rechten Ort, oh, so kömmt man glücklich fort«, heißt es in Bachs Kaffee-Kantate. Die Eberswalder Dezenten haben aber wohl doch nicht den rechten Ort getroffen. Die Kita-Eltern jedenfalls sind alles andere als glücklich. Sie fielen im August aus allen Wolken, als herauskam, daß die Kita-Schließung schon für den kommenden Januar geplant war, ohne daß im zuständigen Ausschuß vorher nur eine Silbe davon verlautete. Entsprechend hoch gingen die Wogen in einer spontanen Elternversammlung am 23. August. Selbst Bürgermeister Schulz runzelte die Stirn (MOZ: »Bürgermeister ungehalten«), aber nicht über den tollen Einfall seiner Kita-Verkäufer, sondern über dessen vorzeitiges Ruchbarwerden. Wie soll man Immobilienhandel treiben, wenn alles an die große Glocke kommt?

Es gibt in Eberswalde etliche kleine Kitas in attraktiven Villen. Da sind »Villa Kunterbunt« und »Nesthäkchen« in Finow, »Zauberfuß« und »Zwergenland« in Westend, »Regenbogen« in der Stadtmitte. Die meisten dieser Häuser sind schon weitgehend saniert.



Hat die Verwaltung nun das Ei des Kolumbus gefunden, kommt Eberswalde zu Reichtum? Es lohnt, den Paradefall »Sputnik« einmal näher anzusehen. Was gewinnt die Stadt durch Schließung und Verkauf?

1. Verwaltungshaushalt.

Dort sind 2005 für »Sputnik« 280.000 Euro Ausgaben geplant. Die Einnahmen abgesetzt, beträgt der städtische Zuschuß rund 179.000 Euro. Da die Erzieherinnen weiterbeschäftigt werden, ist am größten Posten, den Gehältern (267.000 Euro), nichts zu sparen. Das gleiche gilt für alle die Betreuung der Kinder betreffenden Ausgaben: Geräte/Ausstattungen, Bastel- und Spielmaterial, Wäschereinigung usw. (insgesamt 4.600 Euro). Denn die Kinder werden den städtischen Kitas ja erhalten bleiben (falls die Eltern es nicht vorziehen, sich einen kinderfreundlicheren Wohnort zu suchen). Es bleiben ganze 8.200 Euro an gewöhnlichen Betriebskosten (Heizung/Beleuchtung, Wasser/Abwasser, Müll, Grundsteuer), die je nach Verkaufszeitpunkt auch nur zum Teil einzusparen sind.

2. Vermögenshaushalt.

Für die Sanierung von »Sputnik« wurden bisher 287.000 Euro an öffentlichen Mitteln ausgegeben, ein Sanierungsbedarf von rund 280.000 Euro ist noch offen (Sanierungsbericht Stadtverwaltung, Jan. 2005). Saniert wurden verkaufspriswirksam Dach, Heizung, Fenster, Außentür. 87.000 Euro (30 Prozent) der Ausgaben betreffen kitaspezifische Maßnahmen (Nottreppe, sämtliche Sanitärräume) und wären bei Verkauf verloren. Wenn der Verkaufserlös also 287.000 Euro betrüge, hätte die öffentliche Hand noch keinen Gewinn gemacht. Ob Fördermittel zurückgezahlt werden müßten, wäre noch zu prüfen. Da Fassade, Elektro und Trockenlegung noch ausstehen, bezweifeln Fachleute, daß für die Stadt überhaupt ein Gewinn herauspringen würde. Es gäbe aber durch die Schließung sozusagen einen »ideellen« Gewinn für den Haushalt. Der Kämmerer könnte einen fiktiven Verkaufserlös als Einnahme in den Haushalt einstellen und ihn dadurch schönen, selbst wenn der Verkauf nicht gelingt und ein weiteres Haus leer steht. Dafür sollen kleine Kinder mitten im Kita-Jahr förmlich exmittiert werden!

Das Beispiel zeigt, daß Kitas wegen ihres hohen Anteils an ortsfester kinderspezifischer Ausstattung das denkbar ungeeignetste Objekt für vorteilhafte städtische Vermögensveräußerungen sind, ganz abgesehen von der moralischen Seite der Haushaltssanierung auf Kosten der Kinder. Daher ist zu fordern, daß alle denkbaren Alternativen zu prüfen sind, bevor man an solche Objekte herangeht.

ROLF RICHTER

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

FINDET WIEDER AUF DEM MARKTPLATZ STATT. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 17.30 UHR

Zur Bundestagswahl

Die erschreckend hohe Arbeitslosigkeit und die Zukunft der notwendigen Sozialsysteme sind die Hauptthemen aller Parteien. Welche soll man wählen? Eine Frage des Vertrauens in Kompetenz und Glaubhaftigkeit der Parteiprogramme. Die Darstellungen der Parteien sollte man auch mit psychologischen Gesichtspunkten bewerten. Das Streben nach Macht und Geltung sind menschliche Eigentümlichkeiten und kann in falsche Bahnen führen.

Menschen in leitenden Positionen der Parteien geben die Richtungen an und die Bürgerinnen und Bürger orientieren sich daran und treffen ihre Wahl. Feststellen muß man leider, daß nicht wenige Wählerinnen und Wähler sich vordringlich von den geäußerten Versprechungen, die mehr oder weniger charismatisch vorgetragen werden, leiten lassen. Das war schon immer so und hatte mitunter böse Folgen: der charismatischste Politiker der letzten 100 Jahre war zweifellos der Verbrecher Adolf Hitler, der in kurzer Zeit Arbeitslosigkeit beseitigte und den schrecklichsten Krieg initiierte. Wenn auch heutige Verhältnisse in keiner Weise damit vergleichbar sind, sollte man das Problem Charisma und Machtstreben für die Wahl eines neuen Bundestages im Auge haben. Die Versprechungen vor den Wahlen der gegenwärtigen Regierungsparteien sollte man bei der Wahlentscheidung beachten: es ging immer um die Senkung der Arbeitslosigkeit – das Gegenteil trat ein! Man kann also nur eine solche Partei wählen, deren Programminhalte sachlich nachvollziehbar sind und die es nicht nötig hat, dies charismatisch populistisch vorzutragen. Die beste Sozialleistung sind ordentlich bezahlte Arbeitsplätze für möglichst alle Menschen im arbeitsfähigen Alter. Voraussetzung dazu ist in unserer Welt die Gestaltung günstiger Bedingungen für unternehmerische Aktivitäten – ein unabdingbarer Umstand – schließlich haben wir hier erlebt, daß Staatssozialismus nicht realisierbar ist. Eine weitere Voraussetzung sehe ich in einer ungehinderten freien und verantwortungsbewußten Entfaltungsmöglichkeit von Innovationen, wozu auch Schulbildung und Bürokratieabbau gehören.

Dr. med. SIEGFRIED ADLER

Antikriegstag 2005

Am 1. September 1939 begann der nationalsozialistische Angriffskrieg, der mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 endete. Der 1. September steht für einen gnadenlosen Vernichtungskrieg mit mehr als 60 Millionen Toten, der 8. Mai für das Ende der zwölfjährigen Nazidiktatur und des in der Geschichte beispiellosen industriellen Massenmordes an den europäischen Juden. Mit dem Krieg endete die Verfolgung der Sinti und Roma, Homosexueller, sogenannter Asozialer und politisch Andersdenkender.

Für die Überlebenden und für Deutschland war es ein Tag der Befreiung. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund sind der 1. September und der 8. Mai Mahnung und Verpflichtung zugleich: Rechtsextremistischer Ideologie und Gewalt muß auf allen Ebenen, mit den Mitteln unseres demokratischen Rechtsstaates, entgegengetreten werden.

Krieg und Terrorismus sind direkte Angriffe auf die Würde und die Rechte von Menschen. Sie müssen international geächtet werden. Die Vermeidung bewaffneter Konflikte durch eine präventive Friedenspolitik ist die Kernaufgabe der Vereinten Nationen, deren Rechtsrahmen alle Mitgliedsstaaten zu respektieren haben. Die BRD muß innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft die Ächtung aller Massenvernichtungswaffen von Landminen bis zur Atomtechnologie durchsetzen.

Online recherchieren

Eberswalde (prest-ew). Seit dem 18. August steht der Bestandskatalog der Eberswalder Stadtbibliothek im Internet für die Online-Recherche zur Verfügung. Die Stadtbibliothek bietet rund 61.000 Medien aus allen Wissensgebieten an: Sachbücher, Romane, Kinderbücher, CDs und Kassetten verschiedenster Musikrichtungen, Spiele, Hörbücher, Videofilme, CD-ROMs, Zeitschriften. Das Sponsoring durch die TELTA Citynetz Eberswalde GmbH ermöglicht nun die Online-Recherche ganz bequem von zu Hause aus (<http://www.eberswalde.de/kultur/bibliothek/katalog.htm>).

Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete sind unmoralisch und gewissenlos. Der internationale Waffenhandel muß einem strikten Kontrollregime unterworfen werden. Kriegsverbrechen sind als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu bestrafen. Alle Staaten sind aufgerufen, die internationale Gerichtsbarkeit anzuerkennen.

Die Eskalation der Gewalt im Irak, unter der vor allem die Zivilbevölkerung leidet, ist ein trauriges Beispiel dafür, daß militärische Interventionen ohne UN-Mandat keine Lösung darstellen. Eine Friedensperspektive wird dieses Land erst dann haben, wenn die Besatzung beendet ist und das irakische Volk über seine politische Zukunft in freier Selbstbestimmung entscheiden kann.

Krieg oder Terrorismus auf einen Kampf der Kulturen zu reduzieren, ist der falsche Erklärungsansatz. Statt militärische Konflikte zu ideologisieren, müssen Kriegsursachen aufgedeckt und vorbeugend bekämpft werden.

Die Überwindung von Armut, sozialer Ausbeutung, politischer, kultureller, religiöser und sexueller Diskriminierung ist die Grundlage ziviler Konfliktlösung.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund engagiert sich auch in Zukunft für eine nachhaltige Friedenspolitik. Krieg ist keine Alternative.

*ANDREAS SULT,
DGB Region Uckermark/Barnim*

Transparenzdebatte

Eberswalde (bbp). Sechs Monate nach der von der Fraktion BKB/Freie Wähler beantragten Sondersitzung der StVV Eberswalde zum Thema »Transparenz kommunaler Gesellschaften« werden die damals zur Prüfung an die Stadtverwaltung verwiesenen Anträge nun den Stadtverordneten erneut vorgelegt. Zunächst befaßte sich am 8. September (nach Redaktionsschluß) der Hauptausschuß mit den Vorlagen und dem Prüfergebnis der Verwaltung. Voraussichtlich am 22. September wird die StVV darüber befinden.

Die Folgen fehlender Transparenz bei Entscheidungen hinsichtlich der kommunalen Gesellschaften waren erst kürzlich im Zusammenhang mit dem geplanten Verkauf der städtischen Anteile an den Stadtwerken offenbar geworden. Ein beanstandeter StVV-Beschluß, eine angesetzte und kurz darauf wieder abgeblasene Sondersitzung sind Indizien für die andauernde Unsicherheit, ob der geschlossene Verkaufsvertrag rechtsgültig ist und neben einer Rückabwicklung eventuell mit Schadenersatzforderungen zu rechnen ist.

Eine erste Reaktion auf die BKB-Vorschläge war die von der Stadtverwaltung initiierte Änderung der städtischen Hauptsatzung, wonach kleine Fraktionen wie BKB/Freie Wähler künftig keine StVV-Sondersitzungen fordern können.

Nachruf

Die Nachricht löste Bestürzung und Trauer aus. Im Alter von 48 Jahren ist der Eberswalder FDP-Politiker Dirk Amelung verstorben. In der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde habe ich ihn kennengelernt als ehrlichen und aufrechten Streiter für Demokratie und Recht sowie – um die von seinem Fraktionskollegen Friedhelm Boginski gefundenen Formulierungen aufzugreifen – gegen Ungerechtigkeiten, Ignoranz, Dummheit und Cliquenwirtschaft. Davon konnten sich auch die Leserinnen und Leser der »Barnimer Bürgerpost« überzeugen, für die Dirk Amelung zuweilen zur Feder griff. Natürlich gab es unterschiedliche Auffassungen zu bestimmten politischen Inhalten, dennoch werde ich die pointierte und lebendige Art des Stadtverordneten Dirk Amelung vermissen, zumal Cliquenwirtschaft, Dummheit, Ignoranz und diverse Ungerechtigkeiten fortbestehen.

Mein besonderes Mitgefühl gilt seiner Familie.

GERD MARKMANN

Wieviel sind die Stadtwerke wert?

Die Kommunalaufsicht des Landkreises Barnim hat festgestellt, daß der Verkauf der von den Technischen Werken Eberswalde (TWE) gehaltenen Anteile der Stadt an der Stadtwerke Eberswalde GmbH rechtswidrig war. In der Augustausgabe der »Barnimer Bürgerpost« berichteten wir ausführlich darüber. Eine nach Redaktionsschluß eingegangene Pressemitteilung des Aktionsbündnisses »Unser Eberswalde« ging noch einen Schritt weiter und äußerte den Verdacht, daß der »Tabbestand der Untreue« erfüllt sei.

Nach Strafgesetzbuchparagraph 266 macht sich der Untreue schuldig, wer die ihm durch Gesetz, behördlichen Auftrag oder Rechtsgeschäft eingeräumte Befugnis, über fremdes Vermögen zu verfügen mißbraucht oder die ihm obliegende Pflicht, fremde Vermögensinteressen wahrzunehmen, verletzt und dadurch dem, dessen Vermögensinteressen er zu betreuen hat, Nachteil zufügt.

Daß es um städtisches Vermögen geht, das andere verwalten, ist klar. Das rechtswidrige Verfahren ist bereits aktenkundig. Aber stellt der Verkauf der Stadtwerkeanteile auch einen Nachteil für die Stadt dar? Immerhin fließen 16,7 Millionen Euro als Kaufpreis. Befürworter des Deals argumentierten gar, daß nie wieder soviel Geld für die Anteile herauszuschlagen sei. Die Gegner des Verkaufs wiesen hingegen auf die regelmäßigen Ausschüttungen und die auch künftig zu erwartende Wertsteigerung des Unternehmens Stadtwerke hin.

Um festzustellen, ob aus dem Verkauf für die Stadt ein Vermögensnachteil erwächst oder nicht, muß also zuallererst das Unternehmen Stadtwerke GmbH bewertet werden. Die Anteilskäufer, die sich auf dem Energiemarkt allgemein und als Mitgesellschafter hinsichtlich der Geschäfte der Stadtwerke im besonderen bestens auskennen, taten dies ganz gewiß. Aus der hohlen Hand geben solche Wirtschaftsunternehmen kein Geld aus. Und schon gar nicht aus Gefälligkeit für eine in Finanznöten steckende Kommune oder weil deren Bürgermeister so nett ist.

Ob auch die Entscheidung der städtischen Verantwortlichen auf einem seriösen Wertgutachten beruht, ist indes nicht bekannt. Zumindest darf als gesichert angenommen werden, daß weder der Gesellschafterversammlung der TWE, die am 12. Mai über den Anteilsverkauf abstimmte, noch dem TWE-Aufsichtsrat ein solches Gutachten vorlag. Selbstredend bekamen auch die Stadtverordneten, die zunächst am 16. Juni in nichtöffentlicher Runde die Verkaufsentscheidung abzunicken hatten, kein solches Gutachten zu Gesicht. Die Sachver-

haltsdarstellung des entsprechenden Beschlußvorschlages bestand aus gerademal zehn Zeilen, die zudem lediglich den Beschlußtext in etwas anderer Formulierung wiederholten.

Welchen Wert also haben die Stadtwerke? Nach dem Kaufpreis von 16.7 Millionen Euro für den 26-Prozent-Anteil der Stadt errechnet sich für den Tag des Wirksamwerdens des Verkaufs am 1. Januar 2006 ein Unternehmenswert von 64,2 Millionen Euro. Vor vier Jahren kosteten 25 Prozent der Stadtwerke rund 11,5 Millionen, was einen Gesamtwert von ca. 46 Millionen Euro ergibt und eine Wertsteigerung innerhalb von vier Jahren auf fast 140 Prozent oder 14 Prozent pro Jahr impliziert. Die der Stadt zufließenden Ausschüttungen lagen zuletzt bei 334.000 Euro. Das ist noch einmal ein Ertrag von ca. 2 Prozent. Aus-

doch schauen wir uns die Unternehmenszahlen etwas genauer an. Die jüngsten uns vorliegenden Zahlen entstammen dem Jahresabschluß 2003. Die Stadtwerke verzeichneten damals einen Jahresüberschuß von 1,291 Millionen Euro, der voll ausgeschüttet wurde. Der ausgewiesene Überschuß spiegelt jedoch nur einen Teil des tatsächlichen Ertrages wider. Wesentlich aussagekräftiger ist der sogenannte Cash-Flow. Beim Brutto-Cash-Flow werden dem Jahresüberschuß die Abschreibungen auf Anlagen sowie die Zuführung zu langfristigen Rückstellungen zugerechnet. Dieser Brutto-Cash-Flow belief sich 2003 bei den Stadtwerken auf 4,9 Millionen Euro. Addiert man nun noch die Ertragssteuern von ca. 1,75 Millionen Euro kommt man auf einen Netto-Cash-Flow von 6,65 Millionen Euro.

Dieser Ertrag kann nunmehr eine Grundlage bilden für die Berechnung des Unternehmenswertes. Auf dem Kapitalmarkt sind, wie schon erwähnt, bestenfalls Renditen zwischen 2 und 3 Prozent zu erzielen. Wir unterstellen wie vorhin einen Zinssatz von 5 Prozent. Demnach entsprach der Wert der Stadtwerke Ende 2003 einem Kapitalwert von 133 Millionen Euro, der bis Ende 2005 auf wenigstens 140 Millionen Euro steigen dürfte. Auch nach dieser Rechnung übersteigt der tatsächliche Wert des 26prozentigen Anteils der Stadt an den Stadtwerken mit etwa 36 Millionen Euro um mehr als das doppelte den tatsächlich erzielten Verkaufserlös.

Nach diesem Exkurs in die Gefilde der Wirtschaftsmathematik erscheint der vom Aktionsbündnis »Unser Eberswalde« geäußerte »Verdacht für den Tabbestand der Untreue« gar nicht mehr so abwegig.

Selbstverständlich kann dieser Exkurs ein seriöses Wertgutachten nicht ersetzen. Viele Faktoren finden bei einer so einfachen Betrachtung schlicht keine Berücksichtigung. Das Fehlen eines Wertgutachtens kann indes nicht den Kritikern des Stadtwerkeverkaufs vorgeworfen werden.

Nach gegenwärtigem Stand muß wegen der Rechtswidrigkeit mit einer Rückabwicklung des Kaufvertrages gerechnet werden. Zudem hängt der Untreue-Vorwurf in der Luft. Schaden von der Stadt wird durch all das jedoch nicht abgewendet. Im Gegenteil.

Doch noch können die Verantwortlichen handeln. Sie könnten von den Stadtverordneten nach Vorlage eines seriösen Wertgutachtens erneut eine Zustimmung zum Gesellschafterbeschuß vom 12. Mai erbitten. Das könnte alle Fehler heilen.



gehend vom Verkaufspreis liegt also die Kapitalverzinsung bei ca. 16 Prozent und damit in Regionen, die bei einer Anlage des Verkaufserlöses auf dem Kapitalmarkt ganz sicher nicht zu erreichen sind. Die Technischen Werke rechnen mit bestenfalls 2,5 Prozent für die angelegten Verkaufserlöse. Selbst wenn wir eine Rendite von 5 Prozent unterstellen würden, wäre ein Kapitalstock von 53 Millionen Euro nötig, um ähnliche Erträge wie bisher zu erzielen. Der tatsächlich realisierte Verkaufserlös beträgt jedoch nicht einmal ein Drittel davon.

Schon nach dieser einfachen Rechnung, die jeder mit dem Taschenrechner erledigen kann, scheint es mit dem Verkaufserfolg für die Stadt nicht zum besten zu stehen.

Angie

Den Rolling Stones paßte es nicht wirklich, daß Angela Merkels Wahlkampfauftritte von ihrem Hit »Angie« beendet wurden. Dennoch dauerte es geraume Zeit, bis sie dagegen eintritten. Vermutlich, weil sie sich vor Lachen den Bauch hielten...

Mit der für die Einziehung der Tantiemen zuständigen GEMA hatte die CDU einen Pauschalvertrag über die Nutzung des Stones-Welthits von 1973 abgeschlossen. Allerdings betonte eine GEMA-Sprecherin, es läge nicht in der Verantwortung ihrer Organisation, daß die CDU nicht die Band oder ihre Rechteinhaber um Erlaubnis gefragt hat. Daß die Rolling Stones erst spät reagierten hängt wohl mit ihrer Verwunderung zusammen, was da für eine komische Partei ausgerechnet dieses Lied im Wahlkampf spielt. Im Text heißt es nämlich:

Angie, wann werden die dunklen Wolken verschwinden?

Angie, Angie, wohin wird es uns nun führen?

Ohne Liebe in den Seelen, ohne Geld in den Taschen

Kannst Du nicht sagen, wir wären zufriedengestellt

Du bist schön, doch es wird Zeit, Abschied zu nehmen

Angie, erinnere dich nur an die Nächte voller Tränen

Alle Träume, die wir hatten, lösten sich auf in Rauch

Angie, Angie, wohin wird es uns nun führen?

Oh Angie, weine nicht, deine Küsse sind immer noch süß

Ich hasse diese Trauer in deinen Augen

Aber Angie, Angie, es wird Zeit, Abschied zu nehmen

Was wollen uns die CDU-Wahlkampfstrategen wohl damit sagen?

(Quelle: liste-x, Text nach »Die Rollings Stones – Musik und Geschäft«, Edition Peters, Leipzig/Dresden, 1986)

Grüne Unternehmenstour

Im Rahmen ihrer Unternehmenstour 2005 »Mit grüner Politik schwarze Zahlen schreiben« besuchte die brandenburgische Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen für die vorgezogene Bundestagswahl Cornelia Behm am 2. September den Windkraftanlagenhersteller Repower Systems in Trampe.

Bei ihrer Unternehmenstour besuchen Cornelia Behm und ihr Kollege Joachim Gessinger rund 20 Brandenburger Unternehmen aus den Bereichen erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe, sanfter Tourismus und ökologische Landwirtschaft. Auf der Tour informieren sie sich über aktuelle Entwicklungen in den jeweiligen Branchen, weisen auf die Erfolge der ökologischen Modernisierung der vergangenen sieben Jahre unter bündnisgrüner Regierungsbeteiligung und weitere Potentiale hin. Die ökologische Modernisierung hat einen erheblichen Arbeitsplatzeffekt. Allein im Bereich der Erneuerbaren Energien arbeiten deutschlandweit mittlerweile 130.000 Menschen. Nach Schätzung des Bundesumweltministeriums könnten es bis 2020 bis zu 500.000 sein. In Brandenburg arbeiten in diesem Bereich bereits 3000 Menschen.

TOBIAS ARBINGER, Büro der Bundestagsabgeordneten Cornelia Behm

AfW tritt zur Bundestagswahl an

Die Allianz freier Wähler (AfW) des Landes Brandenburg ist eine Sammlung von Bürgerinitiativen und -bewegungen im Land Brandenburg, die sich auf kommunaler Ebene zusammen gefunden haben, um für die sozialen Belange und Rechte der Bürger im jeweiligen Territorium parteiunabhängig zu streiten. Bei uns hier im Barnim ist das die unter BKB/Freie Wähler bekannte Vereinigung. Sie hat sich in die politische Auseinandersetzung eingeschaltet, weil keine der etablierten Parteien sich in den kommunalen Volksvertretungen mit Konsequenz für die berechtigten Forderungen der Bürger einsetzte.

Die Eberswalder Regionalgruppe und auch nicht wenige Finowfurter Mitglieder sind der Meinung, daß es nicht ausreicht nur auf gerichtlichem Weg gegen die Instanzen zu rudern, um die Rechte der Bürger durchzusetzen. Weil das ja auch nicht ohne finanzielle Aufwendungen möglich ist und überdies immer das Risiko beinhaltet, vor Gericht zu verlieren.

Nein! Man muß das Übel an der Wurzel packen! Gesetze, Verordnungen und Satzungen, die uns quälen, werden in den Volksvertretungen verabschiedet! Also müssen wir alles unternehmen, um dort Einfluß zu gewinnen. So, wie es uns auf kommunaler Ebene schon teilweise gelungen ist. Aber jetzt ist Bundestagswahl! So sind wir – damit meine ich alle um ihre soziale Sicherheit und gesellschaftliche Anerkennung ringenden progressiven Bürgerbewegungen – aufgerufen, die große Chance zu nutzen, eine vereinte Kraft zu schaffen, die im Bundestag ernsthaft mitreden kann und Alternativen zur unbrauchbaren vergangenen und gegenwärtigen Politik entwickelt.

Eine solche Kraft ist die sich gegenwärtig formierende Linke in unserem Land, wie sie durch Repräsentanten der Linken.PDS und WASG vorgestellt wird. Mit ihren alternativen Vorschlägen halten sie eine Option zur Gesundung des Landes und vor allem für eine Unterstützung der Schwachen offen.

Das ist für die sogenannten Volksparteien zu viel. Sie spucken Gift und Galle, diffamieren die Menschen und stellen uns Ostler gar als nicht urteilsfähig hin. Aber wir können durchaus gut unterscheiden, wer für unsere Interessen eintritt oder in uns nur die billige Arbeitskraft oder Ladenhüter-Käufermasse sieht.

Wir wollen uns unsere Vertreter in den Volksvertretungen schon selber aussuchen.

So haben wir, die AfW in Abstimmung mit der WASG, unsere Mitsreiterin Frau Dipl. med. Karola Bahr aus Tantow in der Uckermark für die Landesliste der Linken.PDS in Brandenburg nominiert. Frau Bahr vertritt das Bürgerforum »Gesundheitspolitik in der Uckermark« und ist Mitglied der AfW des Landes Brandenburg, wie wir. Ihre Botschaft:

»Den Kopf in den Märkischen Sand stecken, nützt niemandem, schon gar nicht einem selbst. Obwohl man dies angesichts der Entwicklungen nach Hartz IV, Gesundheits- und Rentenreform keinem verübeln könnte. In meiner Landarztpraxis erlebe ich täglich Menschen, die etwas verändern wollen, doch angesichts der scheinbaren Alternativlosigkeit zur herrschenden Politik resignieren. Ihnen sage ich: die Praxisgebühr muß weg; Rentnern gebührt angesichts ihrer Lebensleistung die Anerkennung ihrer Würde und nicht die Besteuerung ihrer schon einmal besteuerten Renten. Schluss damit, den kleinen Leuten immer tiefer in die Tasche zu greifen, um es den Reichen zu geben.

Das sind keine Wunschträume! Es ist finanzierbar, wenn der politische Wille dazu da ist und den etablierten Parteien gezeigt wird, daß ihnen das Volk nicht mehr folgen will.

Deshalb bitte ich Sie, geben Sie Ihre Zweitstimme der Linkspartei, auf deren Liste auch mein Name steht.«

Sehen, hören und fragen konnten wir Karola Bahr am 8. September auf der Podiumsdiskussion mit weiteren Kandidaten in der Feuerwache Finow.

HELMUT BRAUNSCHWEIG, AfW-Mitglied

WASG Barnim gegründet

Eberswalde (bbp). Die Bundespartei der Wahlalternative für soziale Gerechtigkeit (WASG) hat bereits grünes Licht gegeben für eine baldige Vereinigung mit der aus diesem Anlaß in Linkspartei umbenannten PDS. Um für diesen Vereinigungsprozeß auch hier im Barnim einen Partner zu bieten, konstituierten sich Barnimer Mitglieder und Sympathisanten der neuen Partei Anfang August als Gründungsinitiative für den künftigen Kreisverband Barnim der WASG. Ansprechpartner sind Rainer Heenemann in Bernau (Tel. 03338/763686, eMail: wasg-barnim-r.heenemann@t-online.de) für den Niederbarnim und Dieter Korte in Eberswalde (0170/5725935, wasg-barnim-dieter.korte@freenet.de) für den Oberbarnim.

Erste öffentliche Auftritte hatte die Gründungsinitiative auf den Wahlveranstaltungen der Linkspartei.PDS Barnim.

Wie Rainer Heenemann erklärte, wollen die Barnimer WASG-Mitglieder ihren Beitrag für die Stärkung eines bereiten Linksbündnisses gegen jedwede neoliberale Politik leisten. Beim Aufbau des Barnimer Kreisverbandes wolle man engen Kontakt zum WASG-Kreisvorstand Uckermark halten und diesen inhaltlich ausgestalten.



Wahlkampfauftakt der Linkspartei.PDS Bernau am 13. August:

Sommermarkt der offenen Worte

Drei Stunden lang meinte es der Wettergott gut mit dem Sommerfest der Bernauer Linkspartei.PDS am 13. August. Dann sandte er einen Regenguß über den Kulturhof. Der guten Stimmung tat dies allerdings keinen Abbruch. Mit den Gesprächsrunden zog man in den Treff 23, draußen gab es weiter Kuchen, Bratwurst und viel Lesenswertes. Auch zuvor hatte die Sommerfest-Mixtur aus Live-Musik, zauberischer und tänzerischer Kleinkunst, dem vielseitigen Angebot an den Info- und Verkaufsständen sowie interessanten Gesprächspartnern ihre Wirkung nicht verfehlt und hunderte Besucher angelockt. Mit der Veranstaltung gab die Linkspartei.PDS den Auftakt für den Wahlkampf im Wahlkreis 59, in dem Dagmar Enkelmann sich ums Direktmandat bewirbt.

Los ging's auf dem Kulturhof aber nicht mit Politik, sondern mit Ohrwurm-Musik der Theo Schumann jr. Combo. Später beeindruckten die Samels mit zirzensischen Einlagen, von Mohrbo's Zauberschau wurden die Besucher im Wortsinne verzaubert und die Linedancegroup legte eine virtuose Sohle aufs Parkett.

Dagmar Enkelmann präsentierte sich einmal mehr als charmante und kenntnisreiche Plauderin. Dem Bernauer Stadtkämmerer Ralf-Peter Hennig entlockte sie den Wunsch an die Bundespolitik, diese möge beim künftigen Verteilen der Haushaltsmittel die Nöte der Kommunen im Osten im Auge haben. Uneinig waren sich die beiden Bernauer beim Thema Bürgerhaushalt. Hennig steht diesem Konzept, bei dem die Bürgerinnen und Bürger selbst über einen Teil der Ausgaben entscheiden, eher ablehnend gegenüber. Einzelentscheider seien ihm am liebsten, sagte er.

Ein Heimspiel hatte Dagmars Kollegin aus der Landtagsfraktion, Kerstin Kaiser-Nicht. Die sozialpolitische Sprecherin kritisierte die SPD scharf. In der Öffentlichkeit setzten sich die Sozialdemokraten gerade in Brandenburg für Änderungen bei Hartz IV ein, verweigerten aber im Landtag jede noch so kleine konkrete Verbesserung. Derzeit könnten viele Betroffene nicht einmal die Schulmittel für ihre Kinder bezahlen, schilderte Nicht. Eine Entscheidung



Dagmar Enkelmann und Kerstin Kaiser-Nicht beim Talk auf dem Bernauer Sommermarkt.

der Wähler für die Linkspartei-PDS, das stellen beide Politikerinnen unmißverständlich klar, ist auf jeden Fall eine gegen Hartz IV.

Linke Besucher des Sommerfestes kamen auch aus dem nordrhein-westfälischen Landkreis Recklinghausen. Mit der Stadträtin Klara Heim – sie wurde bei der Wahl von der dortigen PDS/AL unterstützt – diskutierte Dagmar Enkelmann über die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten linker Kommunalpolitik. Im Barnim wird diese künftig auch dank der Zusammenarbeit mit der WASG der Region gestärkt werden. Diesen Willen bekräftigten Dagmar Enkelmann und der Barnimer WASG-Sprecher, Rainer Heenemann.

Mir ihrem Gästen debattierte Dagmar Enkelmann aber beileibe nicht nur über Politik. Beim Talk auf dem Kulturhof oder im regenfreien Treff 23 löcherte sie auch den Geschäftsführer des Lokalfernsehens Oskar TV, Rainer Lotz, Autorinnen und Autoren wie Gisela Steineckert, C.U. Wiesner und Gisela Karau sowie der Manager der Bernauer Basketballmannschaft Rim Rockers, Rainer Jeschonnek.

Der krönende Abschluß, die Tombola, konnte dann übrigens wieder unter freiem Himmel stattfinden.

MANFRED SCHWARZ

CDU-Kinderfest ohne Politik

Eberswalde (bbp). Während die lokale Tageszeitung zum PDS-Sommerfest im Park am Weidendamm ihren Fotografen und einen Redakteur schickte, um die Besucher zu zählen, verließ sich die MOZ bei ihrem Bericht über das Kinder- und Familienfest der CDU auf dem Sportplatz des OSV vertrauensvoll auf die Pressemitteilung der wahlkämpfenden Partei... 500 Gäste seien der Einladung der CDU Eberswalde und ihres Bundestagskandidaten Jens Koeppen gefolgt. Auf politische Themen

wurde beim CDU-Fest weitgehend verzichtet. Im Mittelpunkt standen »Freundschaftsspiele« der Juniorenfußballer des OSV mit zwei auswärtigen Mannschaften sowie diverse Spiel- und Bastelangebote für die Kinder. In der Pressemitteilung stellt der von seiner Partei auf Platz 4 der Landesliste gesetzte Kandidat Jens Koeppen bessere Rahmenbedingungen für Familien und Kinder als sein Ziel dar. Wichtigste Voraussetzung für eine nachhaltige Familienpolitik sei die Schaffung von Arbeitsplätzen.

»Heißer« Wahlkampf

Sommerfest im Park am Weidendamm

Eberswalde (bbp). Nicht einen engen Hinterhof, wie ihre Bernauer Genossen, sondern den weiträumigen Park am Weidendamm wählte die Eberswalder Linkspartei.PDS als Areal für ihr Sommerfest am 20. August. Der Kanzlerbeschuß über die vorgezogenen Bundestagsneuwahlen wertete das schon lange geplante Fest auch in Eberswalde zum Wahlkampfauftakt der Linken um. Mit dem Wetter hatten die Eberswalder PDSler mehr Glück als ihre Bernauer Freunde. Die Sonne schien den ganzen Nachmittag, wodurch das Sommerfest im wahrsten Sinne des Wortes zum »heißen« Wahlkampfauftakt wurde.

Von 14 Uhr an bis in die Abendstunden war ein ständiges Kommen und Gehen zu beobachten. Der Ortsvorsitzende Jens-Olaf Melzow zählte insgesamt 700 bis 800 Besucher. Zu den Höhepunkten versammelten zwischen 100 und 150 Menschen gleichzeitig auf dem weitläufigen Festgelände. Zu diesen Höhepunkten gehörte zweifellos das Programm »Wir sehen nicht weg!« des bekannten Fernsehnewsprechers der Aktuellen Kamera Klaus Feldmann. Etwas schwerer hatte es da die »Politikprominenz«, die sich in einer regelrechten Talkserie den ganzen Nachmittag über am Mikrofon der Moderatorin Margitta Mächtig ablöste. Nacheinander interviewte die Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der PDS-Kreisfraktion die beiden Barnimer Direktkandidatinnen Irene Wolff-Molorciuc und Dagmar Enkelmann, die Bundestagsabgeordnete Petra Pau und den Landtagsabgeordneten Heinz Vietze. Auch Dieter Korte, der Oberbarnimer Sprecher der WASG, und Vertreter der Eberswalder Ortsgruppe der PDS-nahen Jugendorganisation »[solid]« kamen zu Wort. Soziale Gerechtigkeit, Alternativen zu Hartz IV, das PDS-Steuermodell, mehr Bürgerrechte und nicht zuletzt der Wunsch, Innenminister Schönbohm in den (un)verdienten Ruhestand zu schicken, bestimmten die Talks inhaltlich. Angesichts des warmen Wetters stellte das möglicherweise eine etwas zu schwere Kost dar, so daß am Ende der MOZ-Berichterstatter auf den Bänken im zentralen Bereich des Fest-



geländes nur noch 30 Zuhörer ausmachte. Viele Besucher hatten sich da schon in die schattigen Randbereiche des Weidendamps zurückgezogen. Resistenter gegenüber der Hitze zeigten sich die Kinder, die die aufgestellte Hüpfburg und die übrigen Angebote zum reiten, basteln und spielen ausgiebig nutzten.

Kita »Sputnik«:

Am politischen Raum vorbei gekungelt?

Die in den Presseveröffentlichungen dargelegte Position der Verwaltung stellt einen nicht akzeptablen Vorgriff auf die für den Winter 2005/2006 angekündigte Fortschreibung der städtischen Kita-Konzeption dar. Ähnlich wie bei der Schulstandortdebatte wird hier der Versuch unternommen, vorfristig Tatsachen zu schaffen, ohne einen konzeptionellen Gesamtrahmen zur Diskussion zu stellen. Hierzu würde u.a. eine genaue Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen, eine Darstellung der stadtinternen Bevölkerungswanderung z.B. aufgrund des Stadtbbaus sowie eine inhaltlich-konzeptionelle Auseinandersetzung mit den Vor- und Nachteilen einzelner Kita-Standorte gehören.

Die Ankündigung der Schließung der Kita findet darüber hinaus vor Abschluß der kreislichen Kita-Bedarfsplanung statt, die dem Jugendhilfeausschuß des Landkreises Barnim sowie dem Kreistag Barnim für den Spätherbst 2005 zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Das wirft die Frage auf: Wurde hier zwischen Verwaltungseinheiten wieder einmal am politischen Raum vorbei gekungelt, oder erleben wir die Fortsetzung des schon seit Jahren anhaltenden Kompetenzgerangs zwischen Stadt und Kreis?

Vor etwa einem Jahr hat die StVV Leitlinien für eine zukunftsfähige Umgestaltung der soziokulturellen Angebote in der Stadt Eberswalde beschlossen. Teil dieser Beschlußfassung war, daß Angebotsstrukturen auf der Basis nachvollziehbarer Bedarfsbeschreibungen bereitgestellt werden sollen, wobei die Bedarfsermittlung unter Einbeziehung der Einwohner erfolgen soll.

Vielleicht sollte man darauf aufmerksam machen, daß Kitas Teil der soziokulturellen Angebotsstruktur der Stadt Eberswalde sind und daher die Leitlinien auch auf diesen Bereich anzuwenden sind.

Abschließend möchte ich die von der angekündigten Schließung betroffenen Eltern ermutigen, in dieser Situation von ihren Mitwirkungsrechten aktiv Gebrauch zu machen.

DIETER MÜLLER,
PDS-Fraktion in der StVV Eberswalde

Rückabwicklung

Eberswalde (bbp). Der ehemalige Jugendclub im Leibnizviertel bleibt vorerst weiter ohne neue Nutzung. Am 8. September entschied der städtische Hauptausschuß in nichtöffentlicher Sitzung über die Aufhebung der mit der Volkssolidarität Barnim e.V. abgeschlossenen Grundstückskaufverträge über die Grundstücke Leibnizstraße 33 und Jugendclub Leibnizviertel.

Seltene Informationspolitik eines Kommunalunternehmens:

Stadtwerke erhöhten Gaspreise

Als die Märkische Oderzeitung am 13. Juli mit Bezug auf Aussagen des Stadtwerke-Geschäftsführers Thiem über die bevorstehende Gaspreiserhöhung ab 1.9.2005 informierte, nahmen das Bürger bereits zum Anlaß, gegen die Erhöhung Widerspruch einzulegen. Dies geschah auf der Grundlage des § 315 BGB, der verlangt, daß unter bestimmten Umständen ein Billigkeitsnachweis für Preisforderungen erbracht werden muß. Mit diesem Paragraphen schützt der Gesetzgeber den Kunden vor monopolistischen Preisforderungen. Auch die Stadtwerke befinden sich in einer solchen monopolistischen Position, denn der Kunde hat keine Wahl, von wem er Gas bezieht. Den Billigkeitsnachweis vor dem Leistungsbeginn zu fordern, ist das gute Recht des Kunden.

Am 22. August antworteten die Stadtwerke, »daß es uns verwundert, daß Sie uns schon jetzt Unbilligkeit unterstellen«, denn es wären »bis zum heutigen Datum keine Preisveränderungen zum 1.9.2005 bekannt«. Damit wiesen die Stadtwerke den Widerspruch zurück.

Am 31. August informierte die MOZ erneut über die Gaspreiserhöhung der Stadtwerke ab 1.9.2005, diesmal mit Bezug auf den Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit, Herrn Ruch. Versteckt im hinteren Teil der Zeitung findet sich dann eine kleine »öffentliche Bekanntmachung« mit dem Datum »im August 2005«. Das aktuelle »Stadtwerke-Journal« läßt jeden Hinweis vermissen. **Das ist die Informationspolitik eines kommunalen Energieversorgers!** (Zwar wurden die Anteile an den Stadtwerken durch die Technischen Werke inzwischen rechtswidrig verkauft, aber bis zum 31.12.05 ist die Stadt über die Technischen Werke immer noch mit 26 % beteiligt).

Keine Sparobjekte

Der GEW-Kreisvorstand hat in seiner Sitzung vom 30.8.2005 folgende Erklärung beschlossen:

Mit Unverständnis haben wir von der überraschenden Absicht der Eberswalder Stadtverwaltung Kenntnis genommen, eine gut ausgelastete Kita mitten im Schuljahr zu schließen. Wir lehnen es ab, Bildungseinrichtungen zum Sparobjekt zu machen und die Folgen fehlerhafter Politik auf die Kinder abzuwälzen. Unsere Kinder brauchen Stetigkeit und verlässliche Fürsorge.

Gute Bildungseinrichtungen sind ein wichtiger Standortfaktor für die Region. Daher appellieren wir an Stadtverwaltung und Fraktionen, nach Alternativen zu suchen, um die Schließung der Kita »Sputnik« zu vermeiden. Den betroffenen Eltern und Erzieherinnen gilt unsere Unterstützung und Solidarität.

BRIGITTE KÖHNKE, Kreisvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Diese Informationspolitik ist Teil eines Versuches, die Kunden zu verunsichern und sie vom Widerspruch gemäß § 315 BGB abzuhalten. In den Antwortschreiben an die widersprechenden Kunden wird dann auch folgerichtig darauf verwiesen, die Kunden mögen ihre Rechte in einem »Rückforderungsprozeß« geltend machen, d.h. dann klagen, wenn man die Rechnung der Stadtwerke erhalten hat. In diesem Falle wäre dann aber der Kunde in der Beweispflicht und damit chancenlos.

Jeder Gaskunde ist gut beraten, wenn er jetzt sehr bald von den Stadtwerken den Billigkeitsnachweis gemäß § 315 BGB fordert. Liefern die Stadtwerke den Billigkeitsnachweis nicht, dann ist man auch nicht im Zahlungsverzug, wenn man die geforderte Erhöhung nicht zahlt. Auch noch so langschweifige verbale Erklärungen für die Preiserhöhung sollten nicht akzeptiert sondern einfach nur der »Billigkeitsnachweis« gefordert werden.

Kommt es zum Rechtsstreit, dann gilt die Devise: gemeinsam sind wir stark. Der Verbraucherschutz und die Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim e.V. sind gute Ansprechpartner, wenn Hilfe benötigt wird.

Übrigens: Die beiden genannten MOZ-Artikel enthielten Fehler! In diesen Artikeln wurde den Kunden empfohlen, den Gaspreis um 2 % zu kürzen. Dies ist falsch. Es sollte heißen, nur 2 % Erhöhung zu akzeptieren. Dies wäre ein Beweis guten Willens des Kunden gegenüber den Stadtwerken. Genauso richtig ist es aber auch, gar keine Erhöhung anzuerkennen, solange nicht der Billigkeitsnachweis für die Erhöhung (und für den Gesamtpreis!) geführt wurde.

ALBRECHT TRILLER

Kein gentechnikfreier Barnim

Eberswalde (bbp). Nach monatelanger Diskussion stand das Integriertes ländliches Entwicklungskonzept (ILEK) am 24. August im Kreistag zur Abstimmung. »Ein Kompromiß«, bescheinigte der Vorsitzende des federführenden Ausschusses Lutz Kupitz (PDS), »an dem sich neben Kommunen unter anderem auch IHK, Bauernverband und Tourismusverbände demokratisch beteiligt haben«. Doch in letzter Minute ging der ausbalancierte Konsens verloren. Während sich Eberswalde mit StVV-Mehrheit zur gentechnikfreien Kommune erklärte, monierte im Kreistag die SPD, daß im ILEK mehrfach bezug auf einen »gentechnikfreien Barnim« genommen werde. Gegen die Stimmen von PDS, BFB und Grüne wurden diese Passagen mit der Mehrheit von SPD, CDU und FDP aus dem Konzept gestrichen. Bei der Bezeichnung »gentechnikfreier Barnim« handelt es sich um eine Produktmarke, zu der sich die Bauern der Region verpflichtet haben, um bessere Absatzchancen zu haben.

Wenn viele gemeinsam träumen...

... ist es der Beginn einer neuen Wirklichkeit

Es wäre viel schöner, wenn ich hier nicht stehen müßte, dann würden Sie auch nicht hier stehen, denn Sie hätten alle Arbeit. Leider ist das nicht so und wir deshalb müssen wir hier stehen, ein Jahr lang schon. Viel zu lange.

Vor einem Jahr war der Marktplatz knackevoll. Ich würde gern die fragen, die heute nicht mehr dabei sind: Haben sie inzwischen Arbeit? Oder sind sie weggezogen in die alten Bundesländer? Oder haben sie inzwischen resigniert?

Ich würde hier lieber nicht stehen wollen. Ich gehöre zu denen, und das sage ich etwas beschämt hier vorn stehend, der Arbeit hat. Ich kann hier gut reden, könnten Sie mir hier sagen. Ich denke, wir Christen haben die Aufgabe, denen beizustehen, die in der Situation sind, gerade mal noch so ihr Leben bewältigen zu können. Leider ist es nach einem Jahr immer noch so, daß wir alle Grund haben, hier zu sein. Das ist schlimm genug für Sie, für Eberswalde, für unser ganzes Land.

Vorrang habe die Schaffung von Arbeitsplätzen, sagen alle Parteien – durch die Bank. Schließlich ist ja Wahlkampf. In der Tat: Die Schaffung von Arbeitsplätzen hätte tatsächlich Vorrang. Aber ich habe bisher noch keine glaubwürdigen Konzepte dafür gehört. Und ich gestehe, ich habe auch keine Lösung in der Tasche. Aber eins weiß ich genau: Hartz IV ist keine Lösung, auch nicht die Ein-Euro-Jobs.

Ich kann hier nur noch einmal wiederholen, was ich schon auf der ersten Montagsdemo vor einem Jahr gesagt habe, und es ist schlimm genug, daß ich das wiederholen muß, weil sich so wenig verändert hat: Hartz IV geht in die falsche Richtung. Damit wird die Kluft zwischen Armen und Reichen nur noch vergrößert. Das hat nichts mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Soziale Gerechtigkeit braucht den Ausgleich und den bewußten Verzicht.

Die Grenzen des Wachstums sind nämlich längst erreicht. Es gibt kein grenzenloses Wachstum. Wir brauchen ein radikales Umdenken. In der Bibel heißt das Buße, zu deutsch: Umkehr. Wir müssen noch einmal neu nachdenken, was es eigentlich bedeutet, Gerechtigkeit herstellen zu können. Es braucht den Willen derer, die Arbeit haben, auf einen geringen Prozentsatz ihres Lohnes zu verzichten. Zwei Prozent wären schon sehr viel, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das läßt sich sehr leicht ausrechnen. Das ließe sich in der Tat auch gesetzlich regeln, aber dafür fehlt bisher der politische Wille.

Verzicht ist im politischen Vokabular der Verantwortlichen einfach nicht vorgesehen. Aber genau diesen bewußten Verzicht derer, die Arbeit haben, den brauchen wir. Wir haben es im Kirchenkreis einmal ausprobiert. Und es hat sogar funktioniert. Wir konnten über ein Jahr lang eineinhalb Stellen damit finanzieren, daß wir dieses Jahr lang auf fünf Prozent unse-

res Gehaltes verzichtet haben. Es geht! Aber solche Dinge müßten Kreise ziehen. Das müßte wirklich gesetzlich umgesetzt werden und es dürfte nicht wieder die treffen, die schon die Ärmsten der Armen sind. Ich bin davon überzeugt, daß dieser Weg, der Weg des Verzichts, bei gutem Willen realisierbar wäre. Aber es braucht einen langen Atem. Ein Jahr Montagsdemo ist offenbar noch zu wenig dafür. Deshalb müssen wir hier wohl weiter stehen.

In der Sprache der Bibel heißt diese Form des sozialen Ausgleichs, und auch das habe ich vor einem Jahr gesagt: Einer trage des anderen Last. Nur mit dem Prinzip des gegenseitigen Nehmens und Gebens im wirtschaftlichen, sozialen und familiären Bereich kann und wird es gelingen, Arbeitsplätze zu schaffen. Nur dadurch kann Gerechtigkeit gefördert und nur dadurch würde Frieden gestiftet werden.

Manche werden jetzt sagen: Mann, was du jetzt sagst, Martin Appel, das ist ein frommer Traum. Du darfst ja träumen. Du bist ja Pfarrer. Du kannst ruhig hier vorn reden, du hast ja dein Geld. Mach dir nichts vor, daß ist ja Augenwischerei, was du da sagst. Die Menschen sind nicht so gut und gerecht, die würden doch nie freiwillig was abgeben.

Davon bin ich gar nicht so überzeugt. Ich habe einen Satz im Kopf, der geht mir nach. Er stammt von einem lateinamerikanischen Priester und er lautet: Wenn einer alleine träumt, ist es nur ein Traum. Wenn viele gemeinsam träumen, dann ist das der Beginn einer neuen Wirklichkeit.

Für mich heißt das, es liegt nicht immer nur an denen, die wir »die da oben« nennen, sondern auch an uns selbst, ob dieser Traum Wirklichkeit wird. Ich bin überzeugt, daß das möglich ist.

MARTIN APPEL am 22. August

Demo-Berichte:

52. Montagsdemo am 15.8.

»Die Montagsdemo und ich« war das Thema der 52. Montagsdemo. Ute Frey und Manuela Richter mischten sich mit Mikro unter die Demonstranten. Mit Blick auf den bevorstehenden Jahrestag der Eberswalder Montagsdemo sprachen Montagsdemonstranten über ihre Motive für die Teilnahme an den Montagsdemos. Die Beiträge wurden für die Sonderausgabe der »Barnimer Bürgerpost« über ein Jahr Eberswalder Montagsdemo gesammelt.



Während sich zu diesem Zweck 50 Leute auf dem Eberswalder Marktplatz eingefunden hatten, fuhr eine Abordnung nach Schwedt, um Grüße und kleine Präsente zum dortigen einjährigen Jubiläum zu überbringen. Auf dem Rückweg von Schwedt machte die Abordnung dann noch in Angermünde halt, um auch dort an der Demo teilzunehmen. Frank Töpfer sprach auf den Demos in Schwedt und Angermünde.

53. Montagsdemo am 22.8.

Ein Jahr Montagsdemo in Eberswalde. »Nicht unbedingt mit Freude, aber mit Selbstachtung und Kampfbereitschaft ziehen wir Bilanz über ein Jahr Widerstand gegen den Sozialabbau durch Hartz IV und Agenda 2010« hieß es zur Jubiläumsdemo.

Zählbares Ergebnis – es waren über 150 Demonstranten gekommen, fast dreimal so viel wie im Durchschnitt der letzten Wochen. Sicherlich war es der besondere Anlaß – das einjährige Jubiläum – das einen stärkeren Zuspruch bewirkte. Aber auch zwei Vormittage vor den beiden Filialen der Arbeitsagentur und die Briefkastenverteilung von 7.000 Einladungen mögen dazu beigetragen haben.

Die Rednerliste machte deutlich, es sind immer noch die gleichen Kräfte wie vor einem Jahr, die die Montagsdemo tragen. So sprachen ein Vertreter des regionalen DGB, diesmal Andreas Meyer, Pfarrer Martin Appel aus Finow, Rolf Richter vom Bündnis für den Frieden Eberswalde/attac. Auch Moderator Albrecht Triller gehörte schon zu den Erstaufrufern der Eberswalder Montagsdemo.

Als besonderen Gast hatte die Eberswalder Montagsdemo Professor Grottian aus Berlin eingeladen. »Wir hatten gehofft, daß wir

Die Eberswalder Montagsdemos



Ein Jahr Widerstand gegen die »soziale Rutschpartie« von Hartz IV und Agenda 2010

dokumentiert in der Barnimer Bürgerpost von August 2004 bis August 2005

und

Motive

Teilnehmer erzählen, warum sie seit einem Jahr an jedem Montag auf die Straße gehen

EINE SONDERAUSGABE DER BARNIMER BÜRGERPOST

Langfassung, A4, 60 Seiten = 4,00 Euro
Kurzfassung, A4, 8 Seiten = 0,40 Euro

erhältlich bei der »Eberswalder Montagsdemo«
und bei der »Barnimer Bürgerpost«

(Kontakt: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde, Tel.: 03334/356542, Fax: 01805/7511112596, eMail: bbp@telita.de)

Hartz verhindern könnten«, rief er aus, »doch diese Hoffnung hat getragen«. Aber es sei eine Protestbewegung in der ganzen Gesellschaft in Gang gekommen. Neoliberale Politik könne nicht einfach mehr so durchgezogen werden. Unter dem Beifall der Demonstranten forderte Professor Grottian, daß die vorhandene gesellschaftliche Arbeit auch gesellschaftlich bezahlt werden müsse. Die radikale Verkürzung der Arbeitszeit sei einer der Lösungswege, durch die Arbeitsplätze geschaffen werden können. Große Wertschätzung erfuhren in seinen Ausführungen die vielen kleinen, untereinander vernetzten Initiativen, die sich überall in den Wahlkampf einmischen.

Erfreut nahmen die Demonstranten die Blumengrüße der Schwedter Montagsdemo entgegen, die Jens und Angela überbrachten. Angela trug ein Gedicht zum Thema Ein Jahr Montagsdemo vor. Den beiden »Abgesandten« aus Eberswalde, Ute und Frank, die nach der Kundgebung zum Jubiläum nach Angermünde fuhren, wurde Grüsse aufgetragen und kleine Geschenke mitgegeben.



Der Festcharakter der Jubiläumsdemo spiegelte sich besonders in den kulturellen Beiträgen wider. Der Finower Liedermacher Sven Kovacz lockte mit seinen Liedern schon vor Beginn des offiziellen Teils junge Leute an. Die Westend Gospelsingers boten zu Beginn und am Ende der Kundgebung ein etwa halbstündiges eindrucksvolles Programm. Ralf Jahnke sang zur Gitarre ein Lied von Ernst Busch und das von ihm selbst geschriebene Montagsdemolied. Alle erhielten großen Beifall vom Publikum. Lob erhielt auch der Bäcker, der zur Feier des Tages frisch gebackene »Schürzkuchen« bereit hielt.

Ein Jahr Eberswalder Montagsdemo wurde in einer Fotodokumentation resümiert. Auf 20 Tafeln 60x100 cm fanden sich alle Montagsdemos und die zusätzlichen Aktionen wieder. An einem Infostand gab es eine 60-seitige Dokumentation über die Eberswalder Montagsdemo mit Kurzberichten von jeder Demo, Redebeiträgen und Kommentaren.

Nach der Veranstaltung trafen sich im benachbarten Biergarten noch ein Dutzend Leute zu einem Plausch mit Professor Grottian.

Ein Jahr Montagsdemo

1994 versicherte der SPD-Spitzenkandidat für die Bundestagswahl, er würde keine deutschen Soldaten in Kriegsabenteuer ins Ausland schicken. Fünf Jahre später war derselbe Mann Verteidigungsminister in der Regierung Schröder, verantwortete den Einsatz der deutschen Luftwaffe im Angriffskrieg gegen Jugoslawien und belog den Bundestag über die Kriegsgründe. Dieser Mann hieß Rudolf Scharping. Natürlich ist die SPD nicht die einzige Partei, die es mit Wahlversprechen nicht genau nimmt. Daher genügt es nicht, nur das jeweilige Wahlprogramm anzuschauen. Programmpunkte werden nur durchgesetzt, wenn Personen – gewählte Abgeordnete – dahinterstehen, die Charakter und Rückgrat mitbringen, sich notfalls auch gegen die eigene Parteiführung dem Verrat an Wahlversprechen zu verweigern.

Auch ein Atheist darf gelegentlich die Bibel zitieren. Dort sagt Johannes der Täufer: »Eure Rede aber sei ja, ja; nein, nein; was darüber ist, das ist von Übel.« Unsere Abgeordneten pflegen aber zu sagen, »Ja, ja - aber die Sachzwänge.« Von Mitgliedern der städtischen PDS-Fraktion konnte man zuweilen hören, im Stadtparlament würden nur Sachentscheidungen getroffen, aber keine Politik betrieben. Dümmer geht's zwar kaum, aber mit solchen Begründungen wurde dann der Privatisierung städtischen Vermögens und der vermeidbaren Schließung von Kitas zugestimmt, wenn auch zehnmal im Parteiprogramm löbliche Grundsätze zur Bildungspolitik stehen.

Ins gleiche Kapitel gehören unsere SPD-Abgeordneten in Land- und Bundestag. Was haben Herr Meckel und Frau Bierwirth getan, um

die erste Kriegsbeteiligung Deutschlands nach 1945 oder, wenn schon nicht die Hartz-Gesetze, so doch wenigstens ihre dümmsten und ihre schlimmsten Regelungen abzuwenden? Ich habe nichts dergleichen von ihnen gehört. Aber diese Leute, von denen man 4 Jahre lang nichts vernahm, haben die Stirn, wieder zu kandidieren! Auch dazu Johannes: »Es ist schon die Axt den Bäumen an die Wurzel gelegt. Darum, welcher Baum nicht gute Frucht bringt, wird abgehauen und ins Feuer geworfen.«

Wir brauchen also eine Axt zum Lichten des Gestrüpps in unseren Parlamenten. Die Abgeordneten müssen aus der Abhängigkeit der Parteiapparate befreit und stärker dem Wählerwillen ausgesetzt werden. Dazu sollten die Wahlkreisabgeordneten (Erststimme) abwählbar sein, wie jetzt schon die Bürgermeister der Gemeinden. Zweitens müssen die Wähler bei der Listenwahl (Zweitstimme) Kandidaten streichen, ihren Platz auf der Liste ändern und mehrere Stimmen zwischen Parteilisten verteilen (panaschieren) können. Das gibt es bereits bei Kommunalwahlen, und vorbildlich besonders in Bayern. Drittens müssen Abgeordnete, die sich zur Wiederwahl stellen, zur Rechenschaft über ihre bisherige Abgeordnetentätigkeit verpflichtet sein. Mit anderen Worten, das Wahlrecht muß demokratisiert werden, um den Damen und Herren Volksvertretern ein wenig mehr Respekt vor den Bürgern beizubringen. Nicht mehr und nicht weniger. Eine andere Republik wäre das keineswegs, und der Regen würde dann immer noch von oben nach unten fließen, wie Brecht das einst ausgedrückt hat.

ROLF RICHTER am 22. August

Arbeitskreis statt Betroffenenbeirat

Eberswalde (bbp). Gut ein Jahr nach Beginn der Montagsdemonstrationen konstituiert sich am 22. September um 18 Uhr im Bürgerzentrum der Linkspartei.PDS in Eberswalde (Breite Straße 46) eine Arbeitskreis »Hartz IV«. Ziel dieses Arbeitskreises sei, heißt es in einer Mitteilung, Probleme der von Hartz IV Betroffenen aufzunehmen und gemeinsam Lösungen zu finden. Der Initiator der Aktion Frank Töpfer, zugleich Mitorganisator der Eberswalder Montagsdemo, hofft darauf, mit diesem Arbeitskreis eine breite Basis zu schaffen, um sich zu den anstehenden Problemen zu verständigigen. Letztlich seien alle in der Gesellschaft von Hartz IV betroffen. Neben den unmittelbaren Empfängern des ALG II gehörten daher auch Gewerkschaften, Kommunen, Unternehmen und deren Interessenverbände wie IHK und Handwerkskammern an einen Tisch. Daher sollen auch gleich zum ersten Treffen der Arbeitsgruppe Kommunalpolitiker, Gewerkschaftsvertreter und Vertreter von Unternehmensverbänden eingeladen werden. Nähere Informationen geben die Wahlkreisbüros der

beiden Landtagsabgeordneten Ralf Christoffers und Margitta Mächtig (Tel. 03334/385155 und 03334/385488).

Kritik seitens der Linkspartei gibt es zu der Entscheidung der Montagsdemo, den ARGE-Beirat zu boykottieren (BBP 8/2005). Nach Auffassung von Margitta Mächtig würden die Initiatoren der Eberswalder Montagsdemo damit »auf eine aktive demokratische Form des Ringens gegen Hartz IV verzichten«. Die Montagsdemonstranten hatten den ARGE-Beirat hingegen als Farce bezeichnet, nachdem der Verwaltungsrat der ARGE der Montagsdemo nur einen der beiden für Betroffene reservierten Plätze zugestanden hatte. Der zweite Platz war der Regionalgeschäftsführerin des Arbeitslosenverbandes, die selbst keine Betroffene ist, zugeteilt worden. Die »Eberswalder Montagsdemo« fühlte sich »hingehalten und als Alibi mißbraucht« und erneuerte die bereits vor Jahresfrist aufgestellte Forderung nach einem Betroffenenbeirat beim Landkreis Barnim, dem ausschließlich direkt von Hartz IV Betroffene angehören sollten.

Ziviler Ungehorsam ist angesagt

Rede von Prof. PETER GROTTIAN auf der Montagsdemo in Eberswalde am 22.08.05 (Ein-Jahres-Jubiläum)

Ich freue mich, daß nach einem Jahr Demonstration hier in Eberswalde und in anderen vor allem ostdeutschen Städten ein Netzwerk von Aktivitäten entstand, das immer so gut sein wird, daß man es auch für andere Aktivitäten wieder aktivieren kann. Ich kann aus der Kenntnis von Bremen und Hamburg, oder Freiburg und Nürnberg euch nur sagen, die verschiedenen kleinen Netzwerke sind der Resonanz- und Kampfboden, auf dem sich immer wieder etwas Neues entwickeln kann. Das zu hegen und zu pflegen gehört zu euren wichtigsten Schätzen, die ihr in eurem sozialen Widerstand habt.

Es besteht der merkwürdige Widerspruch, daß die Herrschenden vor euch und vor anderen Angst haben, ihr euch jedoch zugleich relativ hilflos und ohnmächtig fühlt gegenüber der Durchsetzung der Hartz-Gesetze, und dem, was wir verändern können. Wer die Möglichkeit hatte, die im Fernsehen weggeschnittenen Bilder von Merkels Auftritten in Wittenberg und Cottbus im Original zu sehen, konnte feststellen, daß Frau Merkel und die CDU sichtlich durcheinander waren. Unsere Freundinnen und Freunde aus den kleinen Initiativen vor Ort haben so viel an Störpotenzial vorgebracht. Ich finde sie toll, diese Wahlkampf-Interventionen. Die müssen wir in vielfältiger Weise fortsetzen. Denn sie haben Angst vor uns.

Wenn das so ist, dann müssen wir uns aber ganz selbstkritisch fragen, ob das, was wir uns zuweilen erzählen, so ganz richtig ist? War es nicht so, daß ihr bei den Montagsdemonstrationen des vergangenen Jahres dachtet: es wird nicht so wie 1989/90, aber zumindest wird sich so viel rühren, daß die Hartz-Gesetze verhindert oder zumindest abgemildert werden. Diese Hoffnung hat getrogen. Wir haben sie nicht verhindert. Aber – das ist zu wenig in unseren Reihen diskutiert – wir haben durch die Zündschnur unseres Protests einen gesellschaftlichen Prozeß über Hartz in Gang gesetzt, der den Zerlegungsprozeß der SPD, der den Prozeß des Nachdenkens in der Bevölkerung, jenen Prozeß ausgelöst hat, daß jetzt nicht mal mehr gewagt wird, Clement in den Wahlkampf zu schicken, weil man Angst hat, er würde vom Platz gepfeifen. Ist das nichts?

Die Hoffnung, die Hartz-Gesetze zu verhindern, hat getrogen. Aber der Prozeß, der jetzt in Gang gekommen ist, war im letzten August nicht vorhersehbar. Es ist etwas anderes passiert. Passiert ist, daß neoliberale kapitalistische Politik offenkundig wurde und wir erreicht haben, daß eine neoliberale Politik dieses Typs nicht einfach so durchgezogen werden kann. Nun könnt ihr lange darüber philosophieren, ob Frau Merkel oder Herr Kirchhoff oder wer auch immer, sich trauen, diese Gesetze zu verschärfen. In diesem Berliner Kartell

regiert der Machtopportunisten und sonst, von Inhalten gesehen, kaum etwas. Dennoch es ist schon wichtig, daß die Öffentlichkeit und die Parteien mit Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik jetzt anders umgehen müssen.

Sie haben kein Rezept. SPD und CDU versprechen uns, daß mit Wachstum Arbeitsplätze zu schaffen sind. Das ist eine Fatamorgana neoliberaler Politik und hat mit Realität und den zu schaffenden Arbeitsplätzen nichts zu tun. Man muß auch sehen, daß diese Regierung uns die Ekstase des bürokratischen Wahnsinns à la Hartz hinzu geliefert hat. 85 Milliarden Euro werden für die Verwaltung von Arbeitslosen ausgegeben. Wenn ich die tausende und abertausende Berater der Wohlfahrtsorganisationen und Kirchen hinzurechne, dann sind es 110 bis 120 Milliarden Euro, die für die disziplinierende Verwaltung von Menschen ausgegeben werden. Diese Ekstase des Wahnsinns gehört schlicht abgeschafft.



Wenn ihr jetzt beklagt, es kommen nur noch ganz wenige zu den Montagsdemonstrationen, müssen wir uns fragen: Haben wir denn Perspektiven anzubieten, die auch Menschen wieder mehr mitnehmen, als bisher? Was die Herrschenden an Programmatik auftischen, das kann man nur als neoliberalen Schwachsinn der Sonderklasse bezeichnen. Aber haben wir denn was?

Ein kapitalistisches System und seine Unternehmer hat nicht viel Sinn für die sozialen Rechte von Arbeitnehmern. Das ist so im Kapitalismus. Das hatte Karl Marx klug und richtig vorausgesagt. Wir haben eine andere Vorstellung als diese Unternehmer. Da ist die Vorstellung, daß ein Leben ohne Erwerbsarbeit auch ein Leben ist, das den aufrechten Gang ermöglichen muß, und nicht eine Zurechtshindung von Menschen mit Persönlichkeiten. Wir sagen als zweites, Menschen die erwerbslos sind, haben in ihrem Leben so viel

gelernt, daß sie auch gesellschaftlich sinnvolle Arbeit machen können. Es gibt zuhauf gesellschaftlich sinnvolle Arbeit, die gemacht werden müßte und von der wahrscheinlich viele von euch sagen würden, ja das würde ich gern tun. Aber es gilt das marktwirtschaftliche Prinzip, wonach sich Arbeitsplätze rechnen müssen, sie profitabel sein müssen.

Diese Maurer muß durchstoßen werden: gesellschaftlich sinnvolle Arbeit muß auch gesellschaftlich bezahlt werden.

Und wir haben sehr wohl ein Konzept zur Frage radikaler Arbeitszeitverkürzung. In dieser Woche werden in Berlin Gewerkschaftler, Hochschullehrer, Kirchenleute und Kulturschaffende ein radikales Konzept mit Richtung auf die 30 Stundenwoche vorstellen. Es geht darum, Pfarrer Appel hat das richtig gesagt, daß durch solidarische Arbeitsumverteilung – und da müssen die Gewerkschaften auch einiges dazu dazulernen – sehr wohl Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Natürlich.

Daß uns diese Regierung auch noch den Bären aufbinden will, wir müßten mehr und länger arbeiten und später in Rente kommen – das ist der Ausdruck des völligen Zynismus gegenüber Menschen. Das ist purer Wahnsinn. Widerstand dazu ist angesagt.

Und wir haben viertens noch eine Möglichkeit. Da gibt es viele Wissenschaftler, die das propagieren. Wir haben ein Konzept, wie man kommunale Finanzen so ausstattet, daß Städte und Gemeinden tatsächlich ihre infrastrukturellen Aufgaben lösen können. Das gilt für Eberswalde genauso wie für Gelsenkirchen oder für eine Stadt in Norddeutschland.

Aber ich sage euch auch, daß wir ein paar Schwächen haben. Jenseits der Montagsdemonstrationen tun wir zu wenig, den Herrschenden wirklich auf die Zehen zu treten. Man kann da vieles machen. Wenn wir der Meinung sind, daß die Arbeitsagenturen abgeschafft gehören, dann gehören sie auch besetzt. Dann gehört es dazu, daß wir zumindest die Scheiben dieser Anstalten so putzen, daß sie wieder transparent werden. Wir brauchen Aktionen des zivilen Ungehorsams, Aktionen die bildhaft sind, die Provokationen sind. In Berlin werden wir am 5. September das Wahlkreisbüro des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin wegen seiner Verstricktheit in den Bankenskandal und seine Lobgesänge für Hartz dichtmachen. Und wir werden vor den Ministerien von Clemens ein Staatsbegräbnis zelebrieren und Clemens Politik zu Grabe tragen. Die Macht der Bilder ist wichtig. Auch wenn wir nicht Fünfzigtausend sind, sondern nur ein paar hundert. Wir müssen es tun. Ziviler Ungehorsam ist genauso wichtig. Da müssen wir einen Zahn zulegen, auch in Eberswalde, auch in Schwedt, auch in Berlin.

54. Montagsdemo am 29.8.

Nach dem Höhepunkt des einjährigen Jubiläums mit über 150 Teilnehmern, bewegte sich die 54. Montagsdemo mit etwa 50 Demonstranten wieder in bescheidenerem Rahmen. Zwei Montagsdemolieder von Hans Schröder aus Eberswalde, die dieser anlässlich der Jahresdemo übergeben hatte, eröffneten die Kundgebung. Ute Frey begrüßte die Anwesenden und übermittelte die Grüße der benachbarten Montagsdemos zur Eberswalder Jubiläumsdemo. Anschließend informierte Johannes Madeja informierte über die für den 8. September in der Hauptfeuerwache Finow geplante Podiumsdiskussion mit Bundestagskandidaten und lud die Montagsdemonstranten zur Teilnahme ein. Albrecht Triller trug ein Gedicht vor, das noch dem Jahrestag der Montagsdemo gewidmet war. Er setzte sich mit Aussagen der PDS-Kreisfraktionsvorsitzenden auseinander, die in der Presse die Montagsdemo bezüglich der Besetzung des ARGE-Beirates wegen »Verweigerung« und einem »Alleinvertretungsanspruch« gescholten hatte.

In der Fußgängerzone am Markt waren vor der Demo schwarze Säcke aufgestellt worden, die ein Schild trugen: »Keine Bombe, aber sozialer Sprengstoff«. Programmpunkte der Parteien demonstrierten diesen sozialen Sprengstoff. Unter dem Motto »Achtung, sozialer Sprengstoff« zogen schließlich etwa 40 Demonstranten an den Büros der Parteien FDP und CDU vorbei.

55. Montagsdemo am 5.9.

Wie in zahlreichen Städten bundesweit fand am 5. September auch in Eberswalde eine Aktion im Rahmen der Hartz-Schluß-Kampagne statt. Nach einer Idee der Erwerbsloseninitiative Piquetero: Dagmar Schediwy, Dieter Hoch in Berlin für ein Anti-Hartz-Tribunal wurde auch in Eberswalde unter Einbeziehung der etwa 65 Demonstranten ein Tribunal in sketchähnlicher Form durchgeführt. Ein ehrwürdig gekleidetes Gericht aus einem Richter und zwei Beisitzern behandelte anhand einer fiktiven Anklageschrift zwölf Anklagepunkte, zu denen jeweils die Klagen von Kundgebungsteilnehmern angehört wurden.

Im Ergebnis sprach das Gericht die im Bundestag und im Bundesrat dominierenden Parteien SPD, Grüne, CDU/CSU und FDP für schuldig, die Hartz-Gesetze beschlossen zu haben und damit gegen die Verfassung und die darin enthaltenen Grundrechte verstoßen zu haben. Am Ende der »Verhandlung« trug der Vorsitzende des Gerichts das Urteil vor und begründete das Strafmaß. Anschließend wurde das Urteil »vollstreckt«. Die Hauptverantwortlichen in persona Schröder, Merkel, Fischer, Westerwelle wurden als Pappkameraden an einem »Hartz-Pranger« auf dem Marktplatz befestigt.

Urteilsspruch

des Tribunals der Eberswalder Montagsdemo

Das Tribunal hat die Klagen und Beschwerden der unmittelbar und mittelbar von Hartz-Gesetzen Betroffenen zur Kenntnis genommen, geprüft und sie zur Verhandlung zugelassen. Es ist zu dem Schluß gekommen, daß die Kläger und Beschwerdeführer zu recht das Gesetz Hartz IV in Frage gestellt haben.

Das Tribunal ist nach intensiver Prüfung und Beratung zu folgendem Urteil gekommen:

- 1. Die Hartz-Gesetze verstoßen gegen die Menschenwürde**
- 2. Die Hartz-Gesetze verstoßen gegen das Sozialstaatsgebot**
- 3. Die Hartz-Gesetze verstoßen gegen das Verbot der Zwangsarbeit**
- 4. Die Hartz-Gesetze verstoßen gegen das Rechtsstaatsgebot**
- 5. Die Hartz-Gesetze führen zu materieller Verelendung**
- 6. Die Hartz-Gesetze führen zu psychischer Verelendung**
- 7. Die Hartz-Gesetze beeinträchtigen die Gesundheit**
- 8. Die Hartz-Gesetze zerstören die Tarifstruktur**
- 9. Die Hartz-Gesetze verhindern Binnenwachstum**
- 10. Die Hartz-Gesetze bedrohen die Existenz von Asylsuchenden und Migrantinnen**
- 11. Die Hartz-Gesetze sind eine Gefahr für den sozialen Frieden**
- 12. Die Hartz-Gesetze konterkarieren ihren Anspruch**

Der ausführliche Urteilsspruch erfolgt durch die Wähler bei der Bundestagswahl am 18. September. Beschlossen und verkündet am 5. September 2005 in Eberswalde.



Das »hohe Gericht« beim Tribunal der Eberswalder Montagsdemo am 5. September. Im Hintergrund die angeklagten »Pappkameraden« der großen Sozialabbau-Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP.

Bemessung des Strafmaßes für die Beschuldigten.

Das Tribunal spricht alle Parteien und deren Abgeordnete im Bundestag, die den Hartz-Gesetzen zugestimmt haben, schuldig.

Das Tribunal spricht ferner die Parteien und deren Vertreter, die die Hartz-Gesetze im Bundesrat mitgetragen haben, schuldig.

Anstifter und Rädelsführer zum gemeinschaftlichen Angriff auf die Rechte, das Eigentum und die Gesundheit von Millionen ist die SPD mit ihren Abgeordneten, gemeinschaftlich handelnd mit ihrem Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen.

Erschwerend kommt hinzu, daß der Angriff gerade den von der Gesellschaft besonders Benachteiligten, nämlich den Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Rentnern, Kranken, Asylanten und Migrantinnen galt. Das Tribunal bewertet auch die besondere Heimtücke, vor der Wahl das Gegenteil von dem versprochen zu haben, was nach der Wahl praktiziert wurde.

Das Tribunal erkennt nach Abwägung aller Umstände auf folgendes Strafmaß:

SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP werden an den Pranger gestellt und der öffentlichen Kritik und Schmähung ausgesetzt. Das gemeine Volk wird ermuntert, die Delinquenten anschließend in die Wüste zu schicken.

Die Linke.PDS wird verpflichtet, sich das Spektakel zur eigenen Warnung anzusehen.

Den reuigen Mitgliedern der genannten Parteien wird Gelegenheit zur Wiedergutmachung gegeben. Sie sollen ein Jahr lang gemeinnützige Arbeit leisten, alle persönlichen Vermögenswerte und Vergünstigungen in einen gemeinnützigen Fonds zur Überwindung der Ungerechtigkeiten einzahlen und mindestens auf ein Jahr befristet ihre Erwerbstätigkeit zu Gunsten von derzeit erwerbslosen Mitbürgern einstellen und in dieser Zeit von ALG II leben.

Schutzimpfung gegen die finale Ölkrise

Kontinuierliche Anhebung der Energiesteuern als Vorsorgemaßnahme

Der Konjunkturereinbruch in Folge der OPEC-Fördermengendrosselung in den Jahren 1973 bis 1975 ist vielen Wirtschaftsfachleuten noch in warnender Erinnerung. Eine Drosselung der Erdölproduktion führte zu einem Anstieg der Rohölpreise und zu einem massiven Rückgang des Bruttoinlandprodukts.

Dieses Ereignis hat sich in verkürzter Form dem Gedächtnis der Politiker eingepägt: »Anstieg der Mineralölpreise bedeutet Verminderung des Wachstums.« Viele Politiker sehen deshalb in jedem Anstieg der Mineralölpreise die wirtschaftliche und soziale Katastrophe schlechthin. Energiesteuern, die natürlich auch zum Anstieg der Mineralölpreise führen, kommen deshalb für sie überhaupt nicht in Frage.

Zwei entscheidende Unterschiede werden dabei nicht bedacht:

1. Bei einem knappheits- oder spekulationsbedingten Anstieg der Rohölpreise fließt das Geld ins Ausland ab und geht der Volkswirtschaft verloren. Bei einem Anstieg der Mineralölpreise infolge höherer Energiesteuern bleiben die Mehreinnahmen im Lande. Die Konjunktur erleidet keinen Nachteil.

2. Ein knappheits- oder spekulationsbedingter Anstieg der Rohölpreise erfolgt unkalkulierbar – mit extremen Preisschwankungen und einem Wechselbad aus Panik und Hoffnungen. Dies ist Gift für eine planvolle Umstellung der Volkswirtschaft. Durch Fehlallokationen gehen Vermögenswerte verloren. Ein Anstieg der Mineralölpreise durch Erhöhung der Energiesteuern hingegen erfolgt kontinuierlich und im Voraus angekündigt, so daß die Wirtschaft ihre Planung darauf einstellen kann.

Ein Anstieg der Mineralölpreise durch Energiesteuern ist in seinen Auswirkungen demnach überhaupt nicht mit den gefürchteten Folgen der Preisausschläge auf dem internationalen Markt für Rohöl vergleichbar.

Und nun ein Blick auf die zukünftige Entwicklung: Die Nachfrage nach Erdöl nimmt weltweit zu. Bisher ist es aber immer noch gelungen, die Fördermengen an die steigende Nachfrage anzupassen; die bisherigen Rohölpreiserhöhungen waren deshalb nur ein harmloser Vorgeschmack von dem, was die Weltwirtschaft erwartet, wenn die Fördermengen nicht mehr gesteigert werden können, sondern wieder zurückgehen. Dies kann schon in wenigen Jahren geschehen. In der letzten, der finalen Ölkrise gibt es überhaupt keine obere Preisgrenze, denn für Energie zum Überleben wird jeder Preis gezahlt. Die kommende Weltwirtschaftskrise ist deshalb bereits vorgezeichnet. Wir haben nicht mehr viel Zeit, uns darauf vorzubereiten.

In dieser uns noch gegebenen Frist liegt aber auch eine große Chance für NATIONALE ALLEINGÄNGE. Eine Volkswirtschaft, die sich RECHTZITIG durch kontinuierliche Erhöhung der Energiesteuern (und durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz) auf die kommenden Ereignisse einstellt, ist besser gerüstet. Sie geht sparsamer mit dem Öl um, hat bereits Erneuerbare Energien in den Markt eingeführt und ihre Produktionsbetriebe auf grundstoff- und energiesparende Verfahren umgestellt. Und – nicht zu vergessen – sie hat neue Arbeitsplätze geschaffen und damit ihr Sozialgefüge stabilisiert.

Der Vergleich mit einer Schutzimpfung beim Heranrollen einer Grippewelle liegt nahe. Durch Impfung mit abgeschwächten Erregern wird der Organismus dazu gebracht, Abwehrkräfte zu entwickeln. Die kontinuierliche Erhöhung der Energiesteuern zum Schutz der deutschen Volkswirtschaft durchzusetzen ist somit Aufgabe einer vorsorgenden Politik.

*Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V.
(herausgesucht von KURT HILKER)*

Barnimer Radwege kennengelernt

Am 4. September hatten Bündnis 90/Die Grünen zu einer Radtour durch den Barnim eingeladen. Die Rundfahrt sollte dazu dienen, die bereits gut ausgebauten überregionalen Radwege »Berlin-Usedom«, »Oder-Havel« und »Tour Brandenburg« bekannter zu machen und zu erkunden, wie gastfreundlich der Barnim gegenüber Radtouristen inzwischen ist.

Start der Tour war um 10 Uhr auf dem Marktplatz in Biesenthal. Die Strecke führte über Finowfurt, Eberswalde, Stecherschleuse und Chorin nach Joachimsthal. Insgesamt waren ca. 56 km zu bewältigen. Unterwegs gab es mehrere kurze Stops mit Informationen und Gesprächen zum Thema Radtourismus. So stand zum Beispiel Herr Hildebrandt vom Tourismusverein Naturpark Barnim für Auskünfte bereit. Besucht wurden außerdem eine Gaststätte, das Triangelcamp in Stecherschleuse,

der Hotelier Thomas Lenz, das Chorin-Fest und zum Abschluß die Offene Kirche in Joachimsthal. Die Rückfahrt erfolgte mit dem Werbellinsee-Bus (Fahrradmitnahme) nach Eberswalde oder individuell per Rad oder Bahn. Radler aus dem Niederbarnim und Langstreckenfahrer begannen die Tour bereits um 8.30 Uhr am Rathaus Panketal oder um 9 Uhr auf dem Marktplatz in Bernau.

Der Fahrradtourismus ist ein Bereich mit hohen Zuwachsraten. Die Barnimer Grünen wollten mit der Aktion deutlich machen, daß in unserer Region mittlerweile eine beachtliche Radwegeinfrastruktur geschaffen worden ist. Nun gilt es herauszufinden, was noch zu verbessern ist, damit dieses Potential zu nachhaltigen wirtschaftlichen Effekten führt.

*THORSTEN KLEINTEICH,
Geschäftsführer B90/Grüne Barnim*

Streusalz ein Thema

Eberswalde (agu/bbp). In der Augustausgabe berichteten wir über die Absicht der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim, sich demnächst dem Thema »Streusalz« zuzuwenden. Der AG-Sprecher Christian Rehmer hatte sich an Umwelt- und Naturschutzaktive in und um Eberswalde gewandt, um gemeinsam dieses Thema näher zu beleuchten und vor allem öffentlich darüber zu debattieren. Inzwischen gab es erste Rückmeldungen.

Axel Heinzel-Berndt vom BUND informierte darüber, daß die Gefährdung der Alleebäume durch Streusalz seit 15 Jahren ein Thema für die BUND-Ortsgruppe ist. »Ziel einer eventuellen Kampagne sollte sein: Kein Einsatz von Streusalz durch den Landesbetrieb Straßenwesen (außer bei Blitzeis), kein Einsatz von Streusalz durch die für den Winterdienst auf den Kreisstraßen zuständige Firma (außer bei Blitzeis), kein Einsatz von Streusalz auf den Straßen in Trägerschaft der Stadt Eberswalde (außer bei Blitzeis), Verbot des Einsatzes von Streusalz durch die AnliegerInnen in der Straßenreinigungssatzung der Stadt Eberswalde (außer bei Blitzeis).« Ausdrücklich verweist er auf die Arbeiten von Rudolf Behm zu den Schäden an Straßenbäumen durch Streusalz. »Bis 1990«, schließt Axel Heinzel-Berndt, »wurde übrigens Magnesiumchloridlauge eingesetzt, die wohl noch schädlicher für die Bäume als Streusalz ist«. Vom NABU-Kreisverband meldete sich Sabrina Bonk. »Das Thema Streusalz«, meint sie, »sollte auch den Alleenschutz allgemein zu Inhalt haben«. Einen Ansprechpartner, der sich mit dem Thema Streusalz und Alleenschutz direkt beschäftigt, gibt es derzeit leider nicht. Auch Sabrina Bonk verweist auf die Hilfe, die der NABU-Kreisverband beim Thema Streusalz von Rudolf Behm erhalten hat. Inzwischen hat die AG Umwelt auch den direkten Kontakt mit Rudolf Behm aufgenommen.

Das nächstmal trifft sich die AG Umwelt am 23. September, 17.30 Uhr im »Café am Weidendamm« in Eberswalde.

Finanzkonzept gefordert

Eberswalde (bbp). »Die Verwaltung wird beauftragt, in Vorbereitung der Haushaltsdiskussion 2006 ein langfristiges Finanz- und Nutzungskonzept für den Kulturbetrieb der Stadt Eberswalde, gegliedert nach Museum, Bibliothek, Zoo, Familiengarten sowie Haus Schwärzetal, vorzulegen.« Diese Beschlüßvorlage wird die PDS-Fraktion in der StVV Eberswalde für die Sitzung am 22. September einreichen. Die Haushaltssituation der Stadt sei angespannt, ohne daß in absehbarer Zeit eine Besserung erwartet werden könne. Die Schere zwischen sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben öffne sich weiter. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, die freiwilligen Aufgaben und deren Finanzierung auf eine verlässliche Grundlage zu stellen.

AfA Barnim will in der SPD die sozialdemokratische Grundwerte bewahren (Teil 1):

Die »soziale Marktwirtschaft« erhalten

von Andreas Steiner

Es wird behauptet, Deutschland steckt in der Krise. Sicher, wir befinden uns nicht gerade in einer weltwirtschaftlichen Hochphase. Doch so schwarz, wie die Lage in Deutschland insbesondere von Union und FDP gemalt wird, ist sie nicht. Konjunkturelle Zyklen hat es in der Geschichte immer gegeben, das sind Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft.

Deutschland ist ein reiches Land. Es hat eine hervorragende Infrastruktur, gut ausgebildete, leistungsfähige und leistungsbereite Fachkräfte und eine international wettbewerbsfähige Industrie. Wir sind Exportweltmeister und die Leistungsbilanz ist seit einigen Jahren wieder positiv.

Ganz im Gegensatz zur Außenwirtschaft steht die deutsche Binnenkonjunktur. Sie befindet sich seit dem Börsencrash im Jahre 2000 auf einem viel zu niedrigen Niveau. Die Binnennachfrage ist abhängig von mehreren Faktoren, so z.B. vom Geld, was den Leuten zur Verfügung steht. Sie ist positiv mit den Zukunftserwartungen der Bürger, jedoch negativ mit der Arbeitslosigkeit korreliert. Die Binnennachfrage lahmt, weil die Leute entweder nicht genügend Geld in der Tasche haben und/oder ihre Taschen zuhalten aus Gründen der Unsicherheit über eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse. Die Sparquote privater Haushalte in Deutschland hat ein ungeahntes Ausmaß angenommen.

Lohnstagnation oder -rückgänge bei steigender Preisentwicklung und Arbeitslosigkeit wurden als Kern des Übels erkannt. Und hieraus entwickelt sich ein Teufelskreis.

Ein Beispiel: Wenn Ihr weniger Geld in der Tasche habt oder gar arbeitslos seid, dann werdet Ihr Euch zweimal überlegen, ob Ihr die neue Kücheneinrichtung beim Fachhändler nebenan kaufen werdet. Dies wiederum spürt das Fachgeschäft im Umsatzrückgang. Insbesondere in strukturschwachen Regionen, wie hier im nördlichen Barnim, sind die Auswirkungen einer schwachen Binnennachfrage ganz deutlich zu spüren: Firmenpleiten, leere öffentliche Kassen durch verminderte Steuereinnahmen und Abwanderung der insbesondere jungen Bevölkerung. Die ländlichen Regionen überaltern, verarmen und verkommen.

Und der Staat spart sich kaputt. Fehlende Investitionen in Infrastruktur und Bildung sind fehlende Investitionen in die Zukunft. Am Rande sei auch erwähnt, daß Mißwirtschaft und Korruption in höchstem Maße kontraproduktiv für den Wohlstand unserer Gesellschaft waren und sind. Ich betone: Volkswirtschaftliche Studien belegen, daß wir ohne Korruption ein wirtschaftliches Wachstum von etwa 5 Prozent hätten.

Die Finanznot des Staates ist sicherlich auch auf die Wiedervereinigung zurückzuführen. Denn von der Union wurden die wahren Kosten der Einheit verschwiegen. Sie sind durch Plünderung der Sozialkassen letztendlich von der breiten Masse bezahlt worden. Ich habe jubelt, als die Mauer gefallen ist und sich Deutschland friedlich einte, doch Jahre später war ich enttäuscht darüber, daß nur Wenige von der Wiedervereinigung außerordentlich profitiert, sich auf ihre Kosten saniert und sich auch unglaublich bedient haben.

Peter Lynch, ein anerkannter erfolgreicher Fondsmanager, stellte richtig fest, daß Wirtschaft viel Psychologie beinhaltet. Die neoliberalen Bestrebungen, die bei Union und FDP zahlreiche Anhänger finden, fahren die Strategie, unser Land schlecht zu reden.

Ihnen kommt die desolante Lage der erwerbstätigen und erwerbslosen Bevölkerung wie gerufen. Können Sie doch mit Scheinargumenten wie »Globalisierung und demografischer Wandel« die Daumenschrauben noch mehr anziehen, weiter auf die Lohnbremse drücken, schwer erkämpfte Arbeitnehmerrechte wie Mitbestimmung und Kündigungsschutz sukzessive aushebeln und einen Keil zwischen arbeitender Bevölkerung und Gewerkschaften sowie zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie treiben. Jahrelang haben Interessenvertreter der Industrie versprochen, Arbeitsplätze zu schaffen. In dieser teils naiven Hoffnung haben die SPD als Regierungspartei – aber auch die Gewerkschaften – Zurückhaltung in der Lohnpolitik geübt und eine zu unternehmerfreundliche Steuergesetzgebung geschaffen.

Neoliberale Interessenverbände, allen voran die Bertelsmann-Stiftung, haben die klare Zielvorgabe, ihren politischen Einfluß über einseitige Willensbildung und geschickte mediale Propaganda zu stärken. Die unternehmerfreundliche »Initiative Neue Marktwirtschaft (INSM)«, u.a. großzügig finanziert vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall, will de facto die Abschaffung der sozialen Marktwirtschaft und eine andere Gesellschaftsstruktur. Hinter vorgehaltener Hand wird in neoliberalen Kreisen vom Ziel einer 80 zu 20 Prozent-Gesellschaft gesprochen. 20 Prozent der Bevölkerung als reiche Oberschicht und 80 Prozent, die am Rande des Existenzminimums leben und sich mit mehreren Minijobs über Wasser halten müssen. Noch perfider sind die Ziele einiger radikaler neoliberaler Vordenker: Nach ihnen sollen im Gesellschaftssystem der Zukunft breite Bevölkerungsschichten an einer kurzen Leine gehalten werden, ihr Leben also auf Grundbedürfnisse beschränkt bleiben. Da-

bei sollte es Ihnen aber nicht so dreckig gehen, daß sie aus der Not heraus all ihren Mut zusammen nehmen, eine Revolution zu beginnen. Eine Revolution, die das sukzessiv entstandene korrupte und der Demokratie entfremdete System, welches eine tiefe Kluft zwischen Reichtum und Armut geschaffen hat, hinwegfegen würde.



Die CDU-Vorsitzende Merkel möchte sich gern an die Spitze der neoliberalen Bewegung in Deutschland stellen. Propagiert sie doch wesentliche Teile des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der USA als Modell für Deutschland, wobei sie dem Kapital weitgehend freie Hand lassen will.

Doch leider wird auch in unserer Partei seit Jahren ein straffer neoliberaler Kurs gefahren und sich den sozialdemokratischen Grundwerten Stück für Stück entledigt. Diesem Kurs in der SPD müssen wir mit größter Vehemenz entgegensteuern. Ansonsten werden wir uns in ein paar Jahren mit unserer Partei nicht mehr identifizieren können bzw. ein Deutschland vorfinden, das sich nach unseren Wertvorstellungen vollständig zum Negativen gewandelt haben wird.

Großbritannien, das unter Margaret Thatcher umgekipelt wurde, kann hierfür als Beispiel genommen werden. Übrigens ist Maggie heute die meistgehaßte Frau auf der Insel!

Kontinuierliche Reformen in Deutschland sind notwendig, aber ganz andere, als die Mediengiganten und ihre willfährigen Vertreter aus Politik und Wirtschaft uns weismachen wollen.

ANDREAS STEINER,
Unterbezirksvorsitzender der AfA Barnim und
Vorstandsmitglied der SPD Finow

Diesem Beitrag liegt die Ansprache zugrunde, die Andreas Steiner zur Gründungsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im SPD-Unterbezirk Barnim am 11.07.2005 in Eberswalde gehalten hat.

»Abwasser in Brandenburg – wie weiter?«

Überdimensionale Kläranlagen und teure kilometerlange Leitungsnetze sorgen für eine drastische Verschuldung vieler Abwasserverbände. Diese schwere Hypothek einer verfehlten Abwasserpolitik wird noch lange von den Bürgerinnen und Bürgern abzutragen sein. Millionen Euro pumpt das Land jährlich in die Kassen angeschlagener Zweckverbände. Die Gebühren sind in Brandenburg die höchsten innerhalb der Bundesrepublik. Alternativen zur aktuellen Abwasserpolitik berieten kürzlich siebenzig Kommunal- und Landespolitiker, Mitglieder von Bürgerinitiativen und Experten auf einer Veranstaltung des kommunalpolitischen forums des Landes Brandenburg.

1,5 Mrd. Euro Schulden der Zweckverbände bei einer geschätzten Auslastung der Kläranlagen von nur 50 % zwingen zum Umdenken. Das forderte Renate Adolph, verbraucherpolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion in ihrem Eingangsreferat. Vor der erschreckenden Gesamtbilanz der bisherigen Abwasserpolitik der Landesregierung, die auf den damaligen Umweltminister Matthias Platzeck und den damaligen Umweltstaatssekretär Rainer Speer zurückgehen, darf es nicht zu weiteren Fehlentwicklungen kommen. Die Diskussion machte deutlich, daß mit dem Wahn, alle Haushalte an zentrale Kläranlagen anzuschließen, Schluß gemacht werden muß. Rund ein

Viertel alle Brandenburger verfügen noch nicht über eine geeignete Abwasserentsorgung. Eine Richtungsänderung ist noch möglich. Dabei geht es vor allem um die Aufhebung des Anschluß- und Benutzungszwanges gem. § 15 der Brandenburger Gemeindeordnung. Dafür wird sich die PDS-Fraktion im Brandenburger Landtag auch weiterhin einsetzen. Mit drei diesbezüglichen Anträgen stieß sie bisher auf energischen Widerstand von SPD und CDU.

Statt dessen ist zu befürchten, daß die Landesregierung versucht, wieder massiv zentrale Abwasseranlagen zu fördern. Entgegen der Ankündigung von Finanzminister Rainer Speer im Doppelhaushalt 2005/2006 die weitere Förderung im Abwasserbereich zu minimieren, sind allein für 2005 rund 35 Mio. Euro vorgesehen. Die wahren Zahlen waren im Haushaltsentwurf nicht enthalten. Erst einer Intervention der PDS-Fraktion ist es zu verdanken, daß es zur Veröffentlichung kam.

Auf dem Abwasserforum unterstrichen viele Redner, darunter zahlreiche Betreiber alternativer Anlagen, daß die Zukunft aber in einer gleichberechtigten Förderung zentraler und dezentraler Lösungen liegt. Die Gelder sind verstärkt für den Rückbau überdimensionierter Kläranlagen und Leitungssysteme zu nutzen.

STEFFEN FRIEDRICH,
kommunalpolitisches forum

»Ist das vernünftig?«

Weltweit ist Trinkwasser knapp und es wird immer knapper. Das gilt nicht nur in Asien, Südamerika oder Afrika sondern auch in Europa. UNO und EU und alle großen internationalen Organisationen und nachgeordneten Einrichtungen haben das erkannt und haben uns den sparsamen Umgang mit Trinkwasser, den nachhaltigen Gebrauch von Wasser verordnet. Das ist Gesetz! In einigen Staaten gilt dieses Gesetz offenbar nach nicht, Dazu gehören u.a. auch die USA und Deutschland und besonders das Gebiet des ZWA Eberswalde.

So können wir es im Eberswalder Amtsblatt Nr. 7/2005 lesen: »Falscher Wassergeiz... ist nicht angebracht. Übertriebenes Wassersparen ist ... nicht zu empfehlen und kann zur Kostenfalle werden«. Leute, duscht ruhig zweimal am Tag, es ist genug Wasser da – und es ist ja sooo billig! Wir fördern es aus 100 m Tiefe und auch für unsere Enkel reicht es noch. (wie beruhigend!) Wir nutzen ja nur einen Bruchteil des Wasserdargebotes! So schreibt jemand, der fürchtet, es hat ja glücklicherweise in diesem Sommer mehr geregnet als in den vergangenen Jahren – in diesem Jahr weniger Trinkwasser verkaufen zu können. Auch der einfältigste Depp hat es inzwischen gemerkt: Es geht dem ZWA nicht um Hygiene und Gesundheit und schon gar nicht um nachhaltigen Umgang mit Wasser. Aus seiner Sicht ist jedes Wassersparen falsch. Ihm geht es um Einnahmen, um

Geld, möglichst viel Geld, weil er viel Schulden hat, und darum, die Bürger, die weiter so »unvernünftig« sparsam sind, auf die nächste Gebührenerhöhung vorzubereiten, an der dann natürlich die Sparer schuld sind!

Gut, daß wir in einem freien Land leben. Da darf jeder, auch der Autor im Namen einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, öffentlich, sogar im Amtsblatt, dazu aufrufen, europäisches Recht, Bundes- und gar Landesrecht zu ignorieren und mit Wasser nicht sparsam zu sein, weil das ja die Kosten in die Höhe treibt. Wie befreiend, daß ich so klare offene Worte noch erleben darf!

Wie beruhigend vor allen Dingen, daß der ZWA gleichzeitig mit der Aufforderung zu mehr Wasserverbrauch von nachhaltigem Gewässerschutz und vernünftigem Umgang beim Wassergebrauch schreibt. Da frage ich mich nur: Wie macht er das? Das Grundwasser, mit dem wir heute unsere Toilette spülen, wurde vor mehr als hundert Jahren gebildet und wird in den nächsten hundert Jahren nicht erneuert oder gar aufgefüllt. Der Finowkanal ab Klärwerk ist im wesentlichen ein Abwasserkanal, der dann bis zur Ostsee reicht. Ist das vernünftig? Oder war das nur so eine Pflichtfloskel? Das kann nicht sein, denn es steht doch im Amtsblatt!

JOHANNES MADEJA,
Kreistagsabgeordneter BKB/Freie Wähler

Zweckverband Flugplatz Finow:

Vor 1 Jahr aufgelöst, wird er heute vermisst

Daß der Stadt Eberswalde durch fehlenden Zugriff auf etwas, was es gar nicht gibt, ein Schaden entstehen könnte, ist eine belustigende Vorstellung. Bürgermeister Reinhard Schulz völlig recht, wenn er da keinerlei Problem sieht (vgl. MOZ, 31.8.2005, »Kein Zugriff auf Flugplatz-Steuern«).

Die Auflösung des Zweckverband Flugplatz Finow vor einem Jahr erfolgte nicht, weil dieser »sich zuletzt selbst blockiert« hatte. Nicht einmal die Erfinder dieses Märchens glauben daran, daß jeweils ein Flugplatzgegner unter sechs Vertretern die Flugplatzentwicklung hätte bremsen können. Diese Mär unterstellt den Oberhäuptern von Schorfheide und Eberswalde, sie würden Zweckverbände schaffen oder auflösen, je nachdem, ob deren gewählte Vertreter ihnen genehm sind oder nicht. Derart demokratiefeindliches Tun kann man m.E. weder R. Schulz noch U. Schoknecht vorwerfen.

Die späte Konstituierung der Zweckverbandsversammlung im vorigen Jahr hat nichts mit einem »Kraftakt« zu tun, sondern geht auf den Zweckverbandsvorsteher zurück (BBP 4, 5, 6, 7 und 8/2004). Dieser hatte erkannt, daß für den Zweckverband in absehbarer Zeit keine Aufgaben anstehen, die »die weitere Entwicklung des Flugplatzes zum Inhalt« haben. Dies zumindest schrieb Bürgermeister Schulz im März vorigen Jahres in der Antwort auf eine Stadtverordneten-anfrage (BBP 4/2004). Die Auflösung des Zweckverbandes war daher folgerichtig. Auch WVZ-Geschäftsführer Reinhard Otto hatte übrigens damals gegen die Zweckverbandsauflösung keine Einwände (BBP 5/2004). Der inzwischen vollzogene Meinungswandel überrascht daher.

Richtig ist, daß die »Zielvereinbarung« damals in der StVV Eberswalde keine Mehrheit fand. Hintergrund war aber nicht die Ablehnung einer weiteren Flugplatzentwicklung, sondern der Wille, dieses wichtige Vorhaben weiter durch die StVV zu begleiten und nicht zu einem Geschäft unterer Verwaltungsebenen zu degradieren (BBP 7/2004). Wichtig bleibt diese Begleitung durch die StVV vor allem auch deswegen, weil Ende 2006 die fünfjährige Frist abläuft, innerhalb der die WVZ die beim Kauf der Tower Finow GmbH vereinbarte Rückgabeoption wahrnehmen kann.

GERD MARKMANN

Stars and Kids on Tour

Eberswalde (prest-ew). Am 28. September findet ein Konzert der besonderen Art im Familiengarten Eberswalde statt, ein Konzert zugunsten der José Carreras-Leukämie-Stiftung. Künstler wie Achim Menzel, Angelika Mann oder Gerd Christian werden gemeinsam mit talentierten Kindern die Show gestalten.

Zum 11. September

der september detoniert,
die Wahrzeichen unendlicher potenz gekappt,
sinken in sich zusammen,
zu staub,
gebannt auf digitalisierten endlosschleifen,
eingebraut in das gedächtnis
des weltweiten millionenpublikums von
CNN und fox news,
die tödliche sms der sprachlosigkeit des terrors,
von rache und Vergeltung,
bruchlos eingepaßt in die sensationsgier der
ersten welt,
des einen drittels,
das zwei drittel,
zwei drittel der weit
buchstäblich zertantz
auf den empfängen der internationalen
tagungen von
davos, genua und tokiu.

das netz der radarspinne hat versagt,
die raumschiffe der Sicherheit
sind gestrandet,
die sicherheitsdienste,
zauberlehrlinge der moderne,
einer selbstgefälligen rationalen welt,
haben jede kontrollle verloren,
stolpern überfordert von panne zu panne,
verbreiten panik und angst.
atemlos verhallt das mantra der Sicherheitswar-
nungen im raum.

der intercityverkehr der kulturen ist aus dem
takt, der luftraum geschlossen,
die grenzen sind dicht.
es regiert der generalverdacht,
die rasterfahndung
an universitäten und technischen hochschulen,
bei telefongesellschaften und reisebüros,
das kontaktgift ist ausgelegt,
erste namenslisten werden veröffentlicht,
tagebücher und protokolle der
selbstmordattäter haben hochkonjunktur -
in den journalen und illustrierten
stehen die täter längst fest,
nur wenige hintermänner werden noch gesucht,
bald muß man fündig werden,
Fox News und CNN wissen es schon.

Es spricht der Präsident.
Er spricht von Al Quaida,
dem internationalen Terrorismus und
dem Heiligen Krieg,
von Osama bin Laden,
Freiheit und Demokratie
und schließlich vom Krieg,
der geführt werden muß,
der Krieg gegen den internationalen
Terrorismus,
gegen Afghanistan,
gegen die Achse des Bösen...
seine Kampagne hat auch schon
einen Namen:
Infinite Justice.

HELMUT LINDNER

Die Abschiedsfeier

Klassenweise strömten die Schüler in die Aula der Schule. Es sollten zwei Lehrkräfte, darunter unser Klassenlehrer, verabschiedet werden. Die beiden saßen vorn im Podium inmitten der übrigen Lehrerschaft. Der Schuldirektor hielt eine Ansprache. Er würdigte die Leistungen der zu Verabschiedenden. Unser Klassenlehrer war nach Hannover versetzt worden. Er sollte dort Rektor einer Schule werden.

Mit Stolz, aber auch mit Wehmut verfolgte n wir die Lobpreisungen, galt unser Klassenlehrer für uns doch als der beste Lehrer, den es überhaupt geben konnte. Neben seiner lebendigen Unterrichtsgestaltung war es das persönliche Verhältnis zu ihm, das uns begeisterte. Oft erkundigten sich die Eltern bei ihm nach den Leistungen ihres Kindes. So auch einmal mein Vater, als ihn ein Eintrag im Zwischenzeugnis stutzig machte. »Ja«, sagte mein Lehrer zu ihm, »Ihr Sohn wäre der beste der Klasse. Aber er meldet sich zu wenig. Er muß lebhafter werden.« Seitdem ging es mit mir wieder aufwärts. Dank seiner wunderbaren Art, Probleme zu erklären.

So manches mal suchte er Schüler, die ihm bei der Arbeit in seinem Hausgarten halfen. Bei solchen Gelegenheiten flogen alle Arme in die Höhe, denn es verbanden sich jedesmal be-

sondere Erlebnisse damit. Zeugnisse der Verbundenheit. Ich gehörte desöfteren zu den Ausgewählten. Auch wenn ein wichtiger Brief zur Bahnpost zu bringen war, meldete ich mich.

An all diese Begebenheiten dachte ich, als der Rektor unserem Lehrer die Pestalozzi-Medaille überreichte. Es war der feierliche Höhepunkt der Abschiedsfeier. Wir waren alle sehr stolz. Die sich anschließende Abschiedsrede unseres Lehrers war feierlich und gekonnt. Er sprach von »höheren Aufgaben«, die nun an ihn herangetragen wurden und er versprach, daß er die Verbundenheit zu uns aufrechterhalten würde. Die persönliche Verabschiedung folgte in unserem Klassenzimmer. Sie fiel uns allen nicht leicht.

Die versprochene Verbundenheit war keine Floskel. Uns erreichte so mancher Gruß aus Hannover und wir schrieben ihm zurück. Doch ganz plötzlich hörte der Schriftverkehr auf. Wir sollten erst einige Wochen später erfahren, was geschehen war.

Es war im September 1944. Hannover wurde wie so oft bombardiert. Dabei fand unser einstmaliger und unvergessener Klassenlehrer mit seiner gesamten Familie den Bombentod.

Für uns war es der größte Schock während unserer Schulzeit und über jene Zeiten hinaus.

KURT GEMPIN

Vortragsreihe in der Uckermark:

Irakischer Widerstand in neuen Dimensionen

Die tiefrote und antisektiererische Regionalgruppe Uckermark des »RotFuchs« hatte die Idee. Gemeinsam mit der PDS und der DKP der Uckermark organisierte sie Veranstaltungen in Schwedt, Templin und Prenzlau zum Thema »Irak - Besatzung und Widerstand« mit Michael Opperskali...

Wie kann man unter einer Besatzungsmacht demokratische Wahlen durchführen? Die Zuhörer erfuhren an Hand von Fakten, daß in einigen Regionen die von den USA-Besatzern unterhaltenen Milizen die Iraker in die Wahllokale trieben. Lebensmittelkarten wurden nur verteilt, wenn die Leute ihre gefärbten Daumen vorzeigen konnten. Die Auszählung dauerte zwei Wochen. Sie brachte das von den USA gewünschte Ergebnis: Mehrheit für die Schiiten, aber eben nicht absolut, so daß eine Koalition mit der zweitplazierten Alawi-Gruppe sehr wahrscheinlich wird. 120 Wahlbeobachter saßen in Amman. Neben ihnen die Leute vom CIA.

Michael Opperskalski zitierte aus der Züricher Zeitung, die feststellte, daß die USA-Administration und ihre Truppen die Situation im Irak nicht mehr im Griff haben. Die Zeitung ließ einen USA-Strategen sprechen: »Wir sind am Ende. Uns fehlt ein Plan für den Irak. Man muß sich Gedanken machen über ein Szenario für den Abzug.« Der Widerstand sei auf über

200.000 Kämpfer angewachsen. Es wird damit gerechnet, daß der irakische Widerstand neue Dimensionen annehmen wird. Er ist Volksaufstand geworden, der weiteren Zuwachs erhalten wird, wenn die Schiiten den Betrug erkennen, daß die USA-Besatzer nach der Wahl nicht abziehen.

Dem irakischen Widerstand werden drei Tendenzen zugerechnet. Zum ihm gehören die patriotischen arabischen Nationalisten. Sie setzen sich zusammen aus Anhänger der Baath-Partei, die Nasser-Anhänger, Teile der ehemaligen irakischen Volksarmee (am besten organisierter Teil, militärisch geschult) und Teile der ehemaligen republikanischen Garde. Die letzten beiden Teile bilden im wesentlichen den militärischen Widerstand. Die zweite Tendenz bilden die nichtnationalistische traditionelle Linke, sozialistische und kommunistische Kräfte. Dazu gehören Abspaltungen von der Irakischen KP (IKP-Kader), die irakisch demokratische Bewegung und die irakisch patriotische Front. In der dritten Tendenz finden sich vor allem Organisationen des politischen Islam wieder, wie die Mudschadin (Miliz der Schiiten) und die Vereinigten islamischen Gelehrten (Sunniten). Die drei Tendenzen anerkennen das Manifest der islamischen Patrioten vom 21. April 2004...

WOLFGANG HERRMANN, Dreesch
(gekürzt aus »Roter Brandenburger«, Mai 2005)

Schildbürgerstreiche und Friedrich II

Bei einem Casting denkt man gleich automatisch an verschiedene Sendungen im Fernsehen, bei der die zukünftigen Stars in den verschiedensten Bereichen gesucht werden. Man durfte sich also am 22. August im Treff 23 beim »Kanzler-Casting« überraschen lassen. Dorthin hatte Dagmar Enkelmann, Direktkandidatin im Wahlkreis 59 der Linkspartei.PDS gemeinsam mit Friedrich II, mit bürgerlichem Namen Peer Jürgens, studienpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, geladen.

Um das Ende voraus zu nehmen, das Publikum konnte erleben, was kulturvoller Wahlkampf heißt. Die Streiche der Schildbürger kennt eigentlich jeder – ein paar sehr markante brachte Dagmar Enkelmann nach einer gelungenen Videopräsentation zu Gehör. Das überraschende dabei waren die möglichen Parallelen zur heutigen Politik und deren Machern in der Regierung. Friedrich II kam dazu und wollte natürlich gleich wissen, woran man denn nun den richtigen Politiker erkennt. Reden kann aber letztendlich jeder, machen muß man. Die Kandidaten kamen aus dem Publikum – und erwarteten, man beachte den ersten Satz dieses Artikels, nicht das, was kam. Sie mußten nämlich in der ersten Runde viel reden ohne was zu sagen. So was läßt sich am besten

Eine Aufgabe hat er noch

Au backe... Das ist hart: Ein Sprecher des brandenburgischen CDU-Vorsitzenden Jörg Schönbohm erklärte, der IM des Landes Brandenburg habe die Namen verwechselt, als er bei einem Wahlkampfauftritt die Spitzenkandidatin der brandenburgischen Linkspartei.PDS Dagmar Enkelmann bezichtigte, sie sei vor der Wende als IM für die Stasi tätig gewesen. Gemeint habe Schönbohm statt dessen den PDS-Innenpolitiker Hans-Jürgen Scharfenberg... Abgesehen davon, daß dessen Tätigkeit für das MfS schon vor Jahren öffentlich ausdiskutiert worden war und mit solch lächerlichem Rückgriff auf abgehalfterte Rote-Socken-Kampagnen bei den Wählern kaum noch Eindruck zu schinden ist, sagt diese Verwechslung viel über den gegenwärtigen geistigen Zustand des CDU-Spitzenmannes aus. Er ist dem Wahlkampfstreß und den Bürden seiner Ämter nicht mehr gewachsen. Eine gewisse Senilität ist in seinem Alter ja keineswegs ehrenrührig. Nur sollte er im eigenen Interesse Konsequenzen ziehen und sich in den Ruhestand zurückziehen. Mit seinem Gefasel kann Schönbohm eventuell noch an bayrischen Stammtischen punkten. Hier im Osten hält sich indes längst das Gerücht, Schönbohm werde von der Wahlkampfzentrale der Linkspartei gesponsert. Nun, einen letzten Dienst wird er auch seiner eigenen Partei noch erweisen können. Denn die CDU Brandenburg braucht nach dem 18.9. wegen des zu erwartenden Wahlergebnisses einen Sündenbock...

GERD MARKMANN

mit Seifenblasen, die ihrer Natur entsprechend zerplatzen, darstellen. Es kam auf die größten und meisten an – man bemerke die Reihenfolge. In der zweiten Runde ging es um das Reden halten. Aus zufällig (einer Art Glücksrad) zusammengestellten kolossalen Worten sollte eine, die Zuhörer mitreißende, Rede gehalten werden. Man denkt gar nicht, was dabei mitunter für ein Unsinn herauskommen kann. Die wichtigste Aufgabe eines Politikers ist aber – wie präsentiert man sich seinem Volke – das konnten alle Kandidaten gut. Anders als in o.g. Sendungen gabs am Ende keine Verlierer, sondern nur mit einem Buch prämierte Gewinner.

In einem anschließenden Interview gestand Dagmar Enkelmann u.a., warum sie nach 1998, als sie eigentlich nie mehr wollte, jetzt doch wieder für den Bundestag kandidiert, erklärte in ihrer gewohnten Art, worin die große Chance einer breiten Linken in bundesdeutschen Landen besteht und warum. Und natürlich beantwortete sie alle Fragen der Gäste.

Wie schön wäre es, wenn der Wahlkampf generell kulturvoll geführt würde, ohne die gegenwärtig üblichen Anfeindungen und Verleumdungen und z.T. sogar Lügen der großen Parteien gegeneinander.

CHRISTINE JASKULSKI

IM soll sich entschuldigen

Ich habe durch die Herrn Schönbohm vertretende Rechtsanwaltskanzlei die von mir geforderte Unterlassungserklärung zur Kenntnisnahme erhalten.

Darin erklärt Herr Schönbohm, daß er die unzutreffenden Vorwürfe nicht wiederholt, sondern zugleich bei schuldhaftem Zuwiderhandeln eine durch mich festzusetzende Vertragsstrafe zahlen wird. Darüber hinaus hat Herr Schönbohm einen Kostenerstattungsanspruch dem Grunde nach anerkannt.

Ich bedauere außerordentlich, daß der Minister und Abgeordneterkollege Schönbohm bisher nicht die Kraft aufgebracht hat, zum Hörer zu greifen, um sich für seine mein Ansehen diskreditierenden Äußerungen zu entschuldigen. So viel bürgerlicher Anstand muß auch in Wahlkampfzeiten möglich sein.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Versteigerung

am Sonntag, dem 9. Oktober

von 15 bis 17 Uhr

in der ZainhammERMühle
(Am Zainhammer 3, 16225 Eberswalde)

Gemaltes und Gedrucktes,
Figürliches aus Holz und Keramik
u.v.a.m.

Nach dem 11.September

I.
Die Oberen sagen
Es geht gegen den internationalen Terrorismus
Kleiner Mann
Verweigere dich ihren Anschlägen

II.
Die Regierung
spricht von internationaler Solidarität
Kleiner Mann
sei solidarisch mit den Unterdrückten

III.
Die US-Luftwaffe
breitet über Afghanistan Bombenteppiche
der einbrechende Winter
das Leichentuch.

IV.
In der Zeitung steht
Die Wahrheit ist das erste Opfer des Krieges
Ungeprüft geben die Redakteure die
Sichtweisen und Feindbilder der Regierung
weiter

V.
Über 50 Tote bei einer Explosion in Bagdad.
Das US-Militär lehnt jede Verantwortung ab.
Das war Saddam, lassen die Presseoffiziere
verbreiten,
um uns zu diskreditieren,
die wir allein in den ersten drei Tagen des
Krieges
über 1000 Einsätze gegen militärische Ziele
geflogen haben.

VI.
Heillosen Optimismus
Der Krieg läuft noch keine Woche,
schon diskutiert man über die Kosten
und die Kostenträger des Wiederaufbaus
und wer die Aufträge erhalten soll.

HELMUT LINDNER

Aktionswoche

»(Un)behindert tun«

In den vergangenen Jahren waren sie immer ein voller Erfolg, die Aktionstage von und für Menschen mit und ohne Behinderung. Das Vorbereitungsteam, bestehend aus der Behindertenbeauftragten der Stadt, dem Förderverein der Behindertenselbsthilfe, der Lebenshilfe Eberswalde und dem Betreuungsverein Lebenshilfe Brandenburg, stecken bereits kräftig in den Vorbereitungsarbeiten.

Vom 19. bis 23. September werden an den unterschiedlichsten Orten in der Stadt Aktivitäten stattfinden: im Lesch-Stadion, im Rockbahnhof, im Gemeindezentrum, in der Stadtbibliothek.

INGEBORG KOLODZEIKE,
Behindertenbeauftragte der Stadt Eberswalde

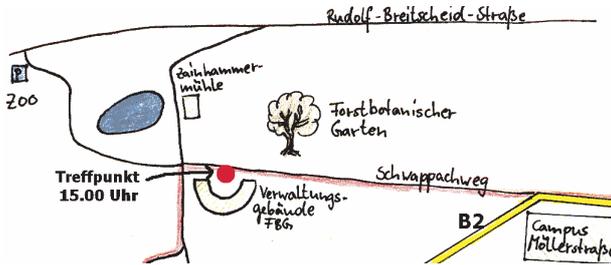
Exkursion

in den Permakultur-Garten Eberswalde

Treffpunkt

ist auf dem Weg vor dem Verwaltungsgebäude des Forstbotanischen Gartens (Gewächshäuser) in der Nähe der Zainhamermühle. Von dort geht es zu Fuß den kurzen Weg weiter zum Permakultur-Garten.

Den Permakultur-Garten gibt es seit 2001, als StudentInnen der FH in Zusammenarbeit mit dem Alnus e.V. und dem Forstbotanischen Garten begannen, auf einer kleinen Fläche die Prinzipien und Ideen der Permakultur praktisch zu erproben.



Die AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim lädt alle Interessierten herzlich dazu ein,

am 10. September, um 15 Uhr,

den Permakulturgarten Eberswalde in der Versuchsgartenanlage des Forstbotanischen Gartens, FH Eberswalde, zu besichtigen. Daniel Fischer, Student an der FH und AG-Mitglied, wird Sie durch den Garten führen.

Sommer in der Mühle 2005

70. Ausstellung in der Zainhamermühle vom 17. September bis 9. Oktober 2005

Wir möchten Sie recht herzlich zur Eröffnung unserer Ausstellung am 17. September 2005 um 14.30 Uhr in die Zainhamermühle einladen.



Es spricht: Lars Fischer

Musikalische Umrahmung:
Dorothea Eichhorn (Gitarre)

Am 20 Uhr Konzert mit »Driftwood«

Die Ausstellung ist Sa. & So. von 14.30 - 18.00 Uhr geöffnet.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Wahlprogramme zum Hören

Weltweit sind sie jetzt hörbar: die Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2005. Die Audios sind auf der Website der Evangelischen Blinden- und Sehbehinderten-seelsorge im Rheinland (EKiRBuSS) abrufbar.

Eine Premiere in Deutschland. Abrufbar sind die Programme der Parteien, die mit Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten sind: CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP und Die Linkspartei.PDS.

Vorgelesen werden die Parteiprogramme von ehrenamtlichen SprecherInnen und Sprechern. So können Menschen, die blind oder sehbehindert sind, den besonderen Service nutzen und sich die Programme der politischen Parteien zur Bundestagswahl anhören.

<http://www.ekir.de/ekirbuss/wahl2005>

Neues Angebot der BBP

Energiebrief im Abo

In Zusammenarbeit mit dem Energiesparkontor Barnim e.V. präsentiert die »Barnimer Bürgerpost« ein neues Angebot für alle, die sich genauer über die Möglichkeiten Alternativer Energien und deren Anwendung in der Region Barnim-Uckermark informieren wollen. Abonentinnen und Abonnenten der »Barnimer Bürgerpost« haben ab sofort die Möglichkeit, den etwa halbjährlich erscheinenden »Energiebrief BARUM 111« ohne zusätzliche Kosten als Beilage zu ihrem Abo zu erhalten. Bestellungen bitte an die Redaktion (siehe Impressum).

Die Artikel des »Energiebriefs« sind in ungekürzter Fassung auch im Internet unter www.barum111.de nachzulesen.

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telefax: (0 18 05) 75 111 125 96
e-mail: bbp@telta.de
bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoooogroups.de (für Abonnenten)
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Markmann (8), Mierau (1), Richter (1)
druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00
redaktions-schluß: 3. September 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßig 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 1.10.2005, 12 Uhr.